

beigeheftet:  
Broschüre der  
Linksfraktion Altona

# ALiNa

200 Jahre  
Karl Marx

Altonaer  
Linke Nachrichten

ALiNa Nr. 14 · Sommer / Herbst 2018



Jenny von Westphalen



Jenny Marx

KARL MARX  
S KAPITA

KRITIK  
DER POLITISCHEN ÖKONOMIE



Laura Lafargue



Eleanor Marx

ZWEITER BAND  
BUCH II  
CIRCULATIONSPRO  
DES KAPITALS

**Im Heft:** - Aus dem Bezirk: In Altona stinkt's  
- Wir erinnern: 200 Jahre Karl Marx und die Kraft der Utopie  
- Debatte: Bedingungsloses Grundeinkommen  
- Frauen: WEG mit Paragraph 219a

Zum Titelbild:

## 200 Jahre Karl Marx und die Kraft der Utopie



Karl Marx schlendert philosophierend zusammen mit Friedrich Engels durch die Straßen des Londoner Exils. Zeichnung von Orest Vereisky.

Das ist es, was alle Ausbeuter fürchten, dass die Bäume, an denen sie einst hängen werden, längst gepflanzt sind. Denn sie wissen ja um ihre Verantwortung für das, was sie Mensch und Natur antun. Doch von uns wissen sie nichts. Denn wir träumen nicht von Rache. Sie werden einfach vergessen sein. Wovon wir träumen, das ist die Kraft der Utopie. Wie einst Karl Marx.

Der Kapitalismus ist zum 200. Geburtstag von Karl Marx in einem derart erbärmlichen Zustand, dass bürgerliche Medien nicht daran vorbeikommen zu resümieren, der Autor des „Kapitals“ hätte vieles vorausgesehen, was nun eingetreten sei. Natürlich will man sich in diesen Artikeln und neuen Biografien nicht dem Verdacht aussetzen, man sei vielleicht sogar selbst Marxist geworden.

Deshalb fehlt dann auch nirgendwo Marx' Selbstaussage „Je ne suis pas Marxiste“ (Ich bin kein Marxist). Natürlich war Marx kein Marxist. Er war Kommunist! Das aber soll im Verborgenen bleiben. Er war nicht Wissenschaftler um der Wissenschaft willen. Er war radikaler politischer Journalist, sozialistischer Aktivist der Arbeiterklasse, Flüchtling und Flüchtlingshelfer. Er war Revolutionär. Und er träumte ganz konkret von einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Entfremdung. Vor dieser Utopie fürchtete sich das besitzende Großbürgertum mehr als vor den Wahrheiten seiner ökonomischen Analyse. Diese muss und wird

diskreditiert mit den Mitteln aus der anti-kommunistischen Werkzeugkiste.

Marx war kein Denkmal. Er war Freund, Genosse, Ehemann, Familienvater. Alle, die ihn näher kannten, schildern ihn als liebevollen Familienmenschen, kinderlieb, undenkbar ohne seine Frau, die Kinder und Enkelkinder. Seine Gefährtin, Jenny von Westphalen, war nicht nur seine große Liebe, Mutter seiner Kinder, engagierte Sozialistin wie Karl selbst, hilfsbereit noch in größter Not, sondern auch bei seiner schriftstellerischen Arbeit erste Ansprechpartnerin. Sie war mit Friedrich Engels eine der wenigen, die seine Schrift lesen konnte. Ohne ihre Übertragung in lesbare Reinschrift hätten es viele Texte nie ans Licht der Öffentlichkeit geschafft. Von ihren acht Kindern schafften es nur drei Töchter bis ins Erwachsenenleben.

Nach Paris und Brüssel gelangte der politisch verfolgte Marx 1849 nach London, für viele deutsche Flüchtlinge seinerzeit letzter Zufluchtsort. Alle Forderungen nach Verfolgung, politischer Einschränkung oder gar Auslieferung politisch Verfolgter lehnte Großbritannien kategorisch ab. Wie die Flüchtlinge überlebten, überließ man allerdings ihnen selbst. So waren sie neben englischen Bundesgenossen auf die Solidarität anderer Flüchtlinge angewiesen, die buchstäblich noch das letzte Hemd mit ihnen teilten.

Zu diesen Helfern gehörte auch die Familie Marx. Schon 1849 wurde Marx in einen Ausschuss zur Unterstützung deutscher Flüchtlinge gewählt. Ein Jahr später waren Marx und Engels Vorsitzende und Schriftführer eines Unterstützungskomitees, das Spenden für ein Wohnheim sammelte, das 18 Flüchtlingen Unterkunft und 40 Verköstigung garantierte. Obwohl Jenny und Karl gerade in den ersten Jahren beengt und in größter Not lebten, hatten sie immer eine offene Tür für Neuankömmlinge aus Frankreich und Deutschland. Doch ohne die monetäre Unterstützung Friedrich Engels, der keineswegs selbst im Geld schwamm, sondern von seinem Gehalt als Angestellter lebte, hätten sie diese Zeit wohl kaum überlebt.



Familie Marx im Londoner Exil mit Freund Engels.

Erst als Engels geerbt hatte und 1870 von Manchester nach London zog, wendeten seine regelmäßigen Zuwendungen die Situation der Familie Marx zum Besseren. Statt Marx' Charakterkopf zeigt das Cover Jenny von Westphalen, die Töchter Jenny

Longuet, Laura Lafargue und Eleanor Marx.

Mohr, wie ihn in der Familie alle nannten, wäre das sicher mehr als recht gewesen.

Heinz-Dieter Lechte

# Hamburger Volksentscheid gegen Pflegenotstand im Krankenhaus

Die Situation in Hamburgs Krankenhäusern spitzt sich täglich weiter zu. Eine Pflegekraft erzählte mir gerade, dass ihr nachts ein Patient aus dem Bett gefallen war. Sie ist nachts allein für 30 Patienten zuständig. Alle Patienten sind schwer krank, sie war gerade bei einem Notfall, als ein anderer Patient mit einem dringenden Bedürfnis klingelte. Weil sie nicht gleich kam, versuchte er allein aufzustehen und fiel hin. Zum Glück war ihm nichts schlimmes passiert, außer einigen blauen Flecken.

Der Druck, dieser Verantwortung nicht mehr gerecht werden zu können, ist unerträglich, die Fehlerquote steigt. Es ist menschenunwürdig, wenn kranke Menschen wegen Personalmangel nicht die pflegerische Versorgung bekommen können, die ihnen zusteht. Der Dauerstress macht uns Pflegekräfte krank. Wenn eine Kollegin wegen Krankheit ausfällt muss jemand aus „dem Frei“ geholt werden. Die meisten reduzieren erstmal ihre Arbeitszeit, um durch mehr Freizeit längere Erholungsphasen zu kriegen, später steigen sie häufig aus dem Beruf aus. Das geht oft mit einem Burnout einher.

Das Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus hat in einer Volksinitiative innerhalb von drei Wochen fast 30.000 Unterschriften von Hamburgerinnen und Hamburgern gesammelt und sie dem Senat überreicht, ein Mega-Erfolg! Wir fordern feste Personalschlüssel für jede Station, die sich an dem Pflegeaufwand der Patienten berechnen (Pflegepersonalregelung). Das wird täglich für jeden Patienten berechnet, denn die Intensität der Betreuung ändert sich. Nachts darf eine Pflegekraft nicht mehr als



Nach der erfolgreichen Unterschriftensammlung wird die Hamburger Bürgerschaft vor dem Rathaus dazu aufgefordert den Volksentscheid jetzt auch umzusetzen. Foto: pflegenotstand-hamburg.de

15 Patienten versorgen. Auf den Intensivstationen müssen in der Pflege feste Betreuungsschlüssel eingehalten werden, die auf Empfehlungen von Fachgesellschaften beruhen. Auch für alle anderen Bereiche, außerhalb der Stationären Versorgung sollen feste Personalstandards gelten (z.B. Ambulanzen, Radiologien, Kreißsäle, Operationssäle).

Die Anzahl der Reinigungskräfte muss so berechnet sein, dass hygienische Standards eingehalten werden können. Für eine Station mit 30 Betten wären das mindestens 1,5 Reinigungskräfte am Tag. Letztlich soll sich die Reviergröße nach den jeweiligen Begebenheiten richten, z.B. wird in einer Notaufnahme oder einer Station mit Infektionskrankheiten ein höherer Reinigungsbedarf sein.

Am 7. Juni findet zu unseren Forderungen eine öffentliche Anhörung im Gesundheitsausschuss des Senats statt. Die Hamburger Gesundheitssenatorin Frau C. Prüfer-Storcks soll jetzt unser „Hamburger Gesetz für mehr

Personal und gute Versorgung im Krankenhaus“ in das Hamburger Krankenhausfinanzierungsgesetz übernehmen.

Dazu gibt die Bundesgesetzgebung den jeweiligen Bundesländern die Möglichkeit, Qualitätsanforderungen in genau diesem Gesetz festzuschreiben. Davon hat Frau C. Prüfer-Storcks bereits Gebrauch gemacht, indem sie Personalbemessungsregelungen in der herzchirurgischen Intensivstation eingeführt hat. Die Zustände sind mittlerweile überall zum Teil lebensgefährlich. Der Hamburger Senat muss handeln, und zwar sofort!!

*Kirsten Rautenstrauch*

Jeden Mittwoch um 17:00 sind alle Interessierten zu unserem Vernetzungstreffen in der Max Brauer Allee 16 (KDA) herzlich eingeladen. Schnuppert doch mal vorbei!

Termine, Lesetipps und vieles mehr auf [www.pflegenotstand-Hamburg.de](http://www.pflegenotstand-Hamburg.de)

## Inhaltsverzeichnis:

<b>200 Jahre Karl Marx und die Kraft der Utopie</b>	<b>Seite 2</b>	<b>Ökologische Krise und Natur</b>	<b>Seite 12</b>
<b>Hamburger Volksentscheid gegen Pflegenotstand im Krankenhaus</b>	<b>Seite 3</b>	<b>„Tschüss Kohle“ – von der Notwendigkeit eines raschen Kohleausstiegs</b>	<b>Seite 13</b>
<b>Bremer Asylprüfungen sind Ausdruck flüchtlingsfeindlicher Stimmung</b>	<b>Seite 4</b>	<b>WEG mit dem § 219a</b>	<b>Seite 14</b>
<b>Auf dem Weg nach ganz rechts</b>	<b>Seite 4</b>	<b>Antrag an den Bundesparteitag – Rente</b>	<b>Seite 15</b>
<b>Bedingungsloses Grundeinkommen</b>	<b>Seite 6</b>	<b>Ausstellungseröffnung</b>	
<b>Afrin – Aufruf für eine zweite Phase des Widerstandes – Gemeinsam kämpfen!</b>	<b>Seite 8</b>	<b>„Mobile Welten“ in Hamburg</b>	<b>Seite 16</b>
<b>In Altona stinkt's</b>	<b>Seite 10</b>	<b>Aufschrei eines Vaters</b>	<b>Seite 18</b>
		<b>Was ist sicher: Armut trotz Rente? !</b>	<b>Seite 20</b>
		<b>Etwas auf die Augen</b>	<b>Seite 21</b>
		<b>Abschied von Beate Reiß</b>	<b>Seite 22</b>
		<b>Was mich richtig wütend macht</b>	<b>Seite 22</b>
		<b>Bücherkiste Links</b>	<b>Seite 23</b>

# Bremer Asylprüfungen sind Ausdruck flüchtlingsfeindlicher Stimmung

Es wäre das Mindeste, auch die Ablehnungsbescheide für „Asylanträge zu prüfen“, fordert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, mit Blick auf die Ankündigung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), alle

seit dem Jahr 2000 von seiner Bremer Außenstelle positiv beschiedenen Asylanträge erneut zu überprüfen. Jelpke weiter:

„In der aufgeregten Debatte wird nur allzu gerne übersehen, dass fehlerhafte Ableh-

nungsbescheide des BAMF geradezu am Fließband erstellt werden. 40 Prozent der Ablehnungen werden ja von den Gerichten bei inhaltlicher Prüfung wieder kassiert. Wenn Flüchtlingen vom BAMF Unrecht angetan wird, stört das kaum jemanden. Aber wenn möglicherweise fehlerhafte Bescheide zu Gunsten der Flüchtlinge ausgestellt wurden, ist das jetzt der große Aufreger. Schon das zeigt die Verlogenheit der Debatte.

Die Pauschalüberprüfung aller Anerkennungen der letzten 18 Jahre in Bremen ist völliger Unfug und Ausdruck einer zunehmend flüchtlingsfeindlichen Stimmung. Damit werden 18.000 Menschen in Unsicherheit über ihren Aufenthalt gestürzt, von denen sich die allermeisten schon längst integriert haben dürften. Mit diesem sinnlosen Unterfangen wird das BAMF von der viel wichtigeren Aufgabe abgehalten, korrekte und fundierte Asylentscheidungen in einem absehbaren Zeitrahmen zu treffen. Wenn schon alte Asylentscheide geprüft werden, muss das auch für Ablehnungsbescheide gelten. Denn nicht jeder Flüchtling, dessen Antrag abgelehnt wurde, hat die Ressourcen, um vor Gericht zu ziehen. Und zu Unrecht abgelehnte und abgeschobene Flüchtlinge müssen dann auch zurückgeholt werden.“

*Ulla Jelpke MdB für DIE LINKE*



## Auf dem Weg nach ganz rechts

Querfurt liegt westlich von Halle in Sachsen-Anhalt, wo die AfD bei den Landtagswahlen 2016 24,4 % der Stimmen erhielt. Es ist der 1. Mai 2018, nach Lesart der AfD der „Tag der Patrioten“. Die AfD lud ein und 190 TeilnehmerInnen waren gekommen. Rechtsradikale mit faschistischen Dresscode, darunter „Alexander Kurth, Ex-Funktionär der Neonazi-Partei >Die Rechte<, und Rolf Dietrich - ein früherer NPD-Kader, der seit einigen Jahren bei >Die Rechte< aktiv ist.“ (1)

Auf der Kundgebung redeten die AfD-Bundestagsabgeordneten Frank Pasemann und Martin Reichardt. Beim vergeblichen Versuch, trotz einer großen Blockade von zahlreichen antifaschistischen DemokratInnen, eine Demonstration durchzusetzen, riefen die TeilnehmerInnen der AfD-Kundgebung: „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“. AfD-Politiker Hans-Thomas Tillschneider brüllte kurz darauf: „Hier marschiert die AfD!“, woraufhin der Rest mit „Hier marschiert der Nationale Widerstand“ antwortete (2), eine seit vielen Jahren ver-

traute Parole bundesdeutscher FaschistInnen.

„Politischer Aschermittwoch“ im sächsischen Nentmannsdorf bei Dresden mit 1.200 Gästen, deren Parolen ihre rechte Gesinnung widerspiegeln: „Als der neue sächsische AfD-Fraktions- und Landesverbandschef Jörg Urban den Namen von Ex-Bundespräsident Joachim Gauck aussprach, skandierte die Menge „Volksverräter, Volksverräter“, wie die „Welt“ berichtet. Beim Seitenhieb gegen Grünen-Politiker Cem Özdemir tönte es „Abschieben! Abschieben!“. Und als der thüringische AfD-Chef Höcke die Kompromisse der „Altparteien“ anprangerte, grölte das Publikum „Widerstand, Widerstand“. Und als die Identäre

Bewegung als „der AfD nahestehend“ bezeichnet wurde, schallte der Reim „Heimat, Freiheit, Tradition - Multikulti Endstation“ durch den Raum.“ (3)

Zeit-Online recherchierte akribisch, wie viele Mitarbeiter von AfD-Bundestagsabgeordneten einen rechtsradikalen Hintergrund haben. Sie stießen auf 27 Personen, die eindeutige Verbindungen zur NPD, zur Identären



*Foto: DIE LINKE Berlin*

itären Bewegung, zum Nazi-Netzwerk „Ein Prozent“, zur Neuen Rechten, zu schlagen-

den und extrem rechten Burschenschaften wie Germania Köln und Gothia und zur inzwischen verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend aufweisen. (4)

Dies und die jüngsten öffentlichen Äußerungen von führenden AfD-PolitikerInnen wie Gauland, Weidel, Storch, Höcke und Poggenburg sowie die zahlreichen Querverbindungen der AfD zu zahlreichen faschistischen Parteien, Kameradschaften, Gruppierungen, Medien, Verlagen und zum von Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek gegründeten, bei der Neuen Rechten ideologisch enorm einflussreichen privaten Institut für Staatspolitik (IfS) verdeutlichen nur allzu sehr, dass die AfD sich strategisch und ideologisch zu einer Partei eines rassistischen, streng autoritären und völkischen Nationalismus entwickelt.

Sie begibt sich allmählich in die inhaltliche Tradition des Schweizer Vordenkers der Neuen Rechten Armin Mohler, von Gregor- und Otto Strasser ((NSDAP, Schwarze Front, Deutsch-Soziale Union) des stramm rechten Schriftstellers Ernst Jünger, der 1952 verbotenen Sozialistische Reichspartei, der NPD, der sogenannten Nationalrevolutionäre, eines Franz Schönhuber (Republikaner), sogar eines Thilo Sarrazin und vielen anderen Vorläufern. Möglich ist dies, weil eine Reihe von AnhängerInnen des völkischen Flügels der AfD insbesondere in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und zunehmend in Brandenburg die Landesverbände politisch beherrschen oder kurz davor sind, sie zu beherrschen. Viele Rechtsextreme, darunter viele Enttäuschte aus anderen rechtsextremen Parteien, sammeln sich zunehmend in der AfD.

Die AfD ist nicht mehr allein rechtspopulistisch. Zu diesem Schluss kommt nicht nur das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus der Schiller-Universität in Jena, sondern auch zahlreiche JournalistInnen, PolitikwissenschaftlerInnen und viele in diesem rechtsradikalen Milieu recherchierende BuchautorInnen unterstützen diese Wahrnehmung. Diese Schlussfolgerung spiegelt sich noch nicht eindeutig genug in Programmen dieser Partei, aber in zahlreichen Äußerungen und Aktivitäten ihrer Mitglieder und Funktionäre wider.

Der Mantel einer biedereren, braven, scheinbar demokratischen und erzkonservativen Erscheinung wird abgelegt, daran ändern auch die Beteuerungen eines Meuthen oder eines Kruse nichts mehr, wonach die AfD nicht rechtsextrem sei. Das glaubt ihnen kaum noch jemand, geschweige denn die eigenen WählerInnen. Schon gar nicht,

wenn die Fraktionsvorsitzende der AfD im Bundestag, Alice Weidel, ihrer Neigung zur rassistischen Ausgrenzung nachgibt und bei der jüngsten Haushaltsdebatte des Bundestages vor wenigen Wochen im besten Nazi-Jargon spricht: „Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.“

Die Studie „Gesplante Mitte - feindselige Zustände“, die 2016 von Andreas Zick und anderen im Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld erstellt wurde, stellt im Ergebnis der Forschungen fest, dass die große Mehrheit der AfD-AnhängerInnen ganz eindeutig zu menschenfeindlichen Einstellungen tendieren würde. Der Studie nach hätten 83 % der AfD-WählerInnen im Jahr 2016

zu neurechten Einstellungen geneigt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung spricht in einer weiteren Studie davon, dass 83 % der AfD-AnhängerInnen der folgenden Aussage zustimmen würden: „Wenn das so weitergeht, sehe ich schwarz für Deutschland.“ (5)

Die AfD ist drauf und dran, sich nicht nur in der parlamentarischen Realität und im Bewusstsein der Bevölkerung fest zu verankern, sondern es gelingt vielen meinungsführenden Rechtsextremen im zunehmenden Maße, den völkischen Gedanken, rassistische Überzeugungen und autoritäre Haltungen gesellschaftlich breit zu platzieren. Deshalb ist es so wichtig wie jüngst in Berlin gegen die AfD zu protestieren und für eine demokratische, emanzipative und solidarische Gesellschaft einzutreten.

Volker Vödisch



„Nie wieder in brauner Soße versinken“ war die kreative Botschaft dieser schwimmenden TeilnehmerInnen der „Stoppt den Hass“-Demo in Berlin am 27.05. Foto: DIE LINKE Berlin

#### Quellennachweis:

- (1) und (2): „Rechtsradikale auf den Straßen Ostdeutschlands“ aus dem Magazin „der rechte rand“, Online-Veröffentlichung von drei Autoren  
 (3): s. „Focus-Online“ am 16.02.2018  
 (4): s. Kai B. in „Zeit-Online“ im März 2018  
 (5): s. Dietmar Neuerer im „Handelsblatt“ vom 26.05.18, Online-Ausgabe

#### Leseempfehlungen:

- 1.) „Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 - Programme, Profile und Potenziale“ von A. Hensel, L. Geiges, R. Pausch und J. Förster, Projekt der Otto-Brenner Stiftung, Frankfurt am Main 2016

- 2.) „Gesplante Mitte - feindselige Zustände“, Studie von Andreas Zick und anderen im Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld

- 3.) „Völkischer Antikapitalismus - Eine Einführung in die Kapitalismuskritik von rechts“ von Michael Barthel und Benjamin Jung, unrast transparent, rechter rand, Unrast-Verlag Münster, Erstauflage 2013

- 4.) „DIE AUTORITÄRE REVOLTE - Die NEUE RECHTE und der Untergang des Abendlandes“ von Volker Weiß; Klett-Cotta, 2017

# Bedingungsloses Grundeinkommen



Seit einigen Jahren wird in der Partei DIE LINKE das „Bedingungslose Grundeinkommen“ (BGE) kontrovers und leidenschaftlich diskutiert. Selbst die beiden Vorsitzenden unserer Partei haben zu diesem Thema einen unterschiedlichen Standpunkt. Während Katja Kipping sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen ausspricht, führt Bernd Rixinger viele Argumente dagegen an. So führten sie auf einem Bundesparteitag dazu ein freundschaftliches Streitgespräch. Während einige BefürworterInnen des BGE gern über eine Mitgliederbefragung eine Entscheidung herbeiführen möchten, wird dem entgegengehalten, dass die Debatte längst nicht zu Ende geführt worden ist. Die Diskussion sollte weitergeführt und auf breitere Beine gestellt und nicht durch eine Abstimmung möglicherweise eine erhebliche Minderheit übertrumpft und eventuell ausgegrenzt werden. Weitere Argumente und Materialien sowie die Information zu Alternativen sollten verbreitet werden. Zur Belebung der Diskussion möchten wir in diesem Rahmen beitragen.

## Was ist eigentlich mit dem BGE gemeint?

Das BGE soll jedem Individuum vom Gemeinwesen eine Transferleistung garantieren (die Höhe ist je nach AutorInnen unterschiedlich, aber es geht z.Z. um ca. 1000 €). Es soll keine a)Bedürftigkeitsprüfung (Einkommen, Vermögen) stattfinden, sondern jedem und jeder (also auch den Reichen und Superreichen, den Erben großer Vermögen) ausgezahlt werden. Es verpflichtet nicht zu einer Gegenleistung und ist damit auch ohne Zwang zur Erwerbsarbeit. Es soll b)die Existenz sichern (je nach AutorInnen werden weiterhin Wohngeld etc. bezahlt oder auch nicht) und c)die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe gewähren.

## Positives und Einwände

Die Punkte zur Existenzsicherung und damit zur gesellschaftlichen Teilhabe sind attraktiv. Denn damit verbunden ist die individuelle Freiheit, nicht jede Arbeit annehmen zu müssen und damit mehr individuelle Gestaltungsspielräume zu erhalten. Das würde auf jeden Fall ein Stück mehr Selbstbestimmung und Freiheit des Individuums bezüglich der Teilhabe am Arbeitsprozess bedeuten. Aber wird das wirklich funktionieren?

Dass sich damit allerdings „automatisch“ bessere Löhne ergeben, darf man bezweifeln, das Gegenteil könnte der Fall sein. Der Druck auf die Kapitalisten nach höheren Löhnen wird nicht so groß sein, weil ja schon ein Grundeinkommen vorhanden ist. Das heißt, es würden, weil die Existenz gesichert ist, schlechter bezahlte Jobs angenommen, käme damit den Unternehmen zugute und wäre dann doch ein ungewollter Kombilohn. Gut, dass das Grundeinkommen zu keiner Gegenleistung verpflichtet. Damit wären die Drangsalierungen wie bei ALG II (Hartz IV) vorbei. Die Begeisterung für das BGE gerade bei ALGII –Betroffenen ist daher äußerst verständlich.

Auch viele Frauen hoffen auf ein BGE, da sie oft besonders schlecht bezahlt, prekär beschäftigt und Mehrfachbelastungen ausgesetzt sind. Manche sehen darin auch einen

Ausweg, von ihren oft besser verdienenden Partnern weniger abhängig zu sein.

Ohne Bedürftigkeitsüberprüfung wird das BGE aber auch für Vermögende ausgezahlt und fungiert damit als Kopfpauschale. Das läuft einer Ausrichtung auf Klassenpolitik völlig entgegen. Das Gemeinwesen hat kein Geld zu verschenken, es ist widersinnig den Kapitalisten und ihren UnterstützerInnen ein Grundeinkommen auszuzahlen! Begründet wird die Nichtbedürftigkeitsprüfung damit, dass diese Prüfung stig-

matisieren, diskriminieren und ausgrenzen würde. Viele würden dann die Grundsicherung aus Unkenntnis über die Anspruchsberechtigung oder aus Scham, ihre Armut zugeben zu müssen oder weil sie die Kontrolle ablehnen nicht in Anspruch nehmen. Die Frage wäre, ob die Beweislast nicht umgekehrt werden könnte. Es muss bewie-

sen werden, keine Vermögen und größeren Erbschaften zu besitzen, eventuell durch Vorlage der Steuererklärung.

Zu vermuten mit dem BGE wolle niemand mehr arbeiten ist unbegründet; aber einige vielleicht nicht mehr erwerbsmäßig. Bei einer guten Umverteilung wäre auch das BGE bezahlbar.

Zu bedenken geben sollte, dass es neoliberal-



Foto: flickr / stanjourdan

rale BefürworterInnen des BGE gibt. Ihnen schwebt vor, mit dem Grundeinkommen auch alle anderen staatlichen Zahlungen abzugelten wie z.B.: Kranken-, Arbeitslosen-, Invaliden-, Wohngeld usw.

### Überwindet das BGE den Kapitalismus?

Von einigen linken VerfechterInnen des BGEs, so auch von der BAG Grundeinkommen der LINKEN wird das BGE verbunden „mit der Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse“. Auch „dass das BGE selbst schon eine Form der Aneignung der Produktions- und Lebensbedingungen ist“ (Katja Kipping: Grundeinkommen mit links gemacht).

Das mag ein Wunsch sein, ist aber eine Illusion zu meinen, es gebe da einen automatischen Zusammenhang. Damit werden die Kräfte des Kapitals und des kapitalistischen Staates gewaltig unterschätzt.

Erste Forderungen nach einem Geldbetrag an alle Menschen sind bereits aus dem 18. Jahrhundert bekannt (Thomas Paine). Die Diskussion um das BGE hat an der Kritik und den Protesten gegen das Hartz IV-System wieder an Fahrt aufgenommen. Es speist sich aus einer Unzufriedenheit und gleichzeitig auch Resignation wie den immer wiederkehrenden Krisen im Kapitalismus – und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit – beizukommen ist. Es ist die Abhängig- und Machtlosigkeit des Einzelnen von den Vorgaben der „Arbeitgeber“, was Arbeitsbedingungen, Arbeitslosigkeit, Arbeitszeiten und Lohnhöhe angeht. Daraus wird ein individueller Ausweg gesucht. Denn sich mit dem mächtigen System anzulegen, macht Angst. Und es fehlt die Bewegung und die Idee, wie eine andere Gesellschaft aussehen könnte und wie die Fehler der ersten Versuche des sog. realen Staats“sozialismus“ zu vermeiden sind. Wir brauchen wieder eine Utopie, dass jedeR einzelne und die arbeitenden Menschen in ihrer Gesamtheit in einem radikaldemokratischen Gemeinwesen partizipieren können und nicht neue Machteliten Einzelner, einzelner Gruppen oder Parteien etc. entstehen.

An der Existenz des Kapitalismus wird das BGE nichts ändern. Individuellen Auswegen ist der kollektive Kampf um Veränderung entgegenzusetzen. Und eine Diskussion darum, wie eine andere, soziale, solidarische, radikaldemokratische Gesellschaft aussehen könnte. Auf dem Weg dahin muss es Druck und Bewegung für Verbesserungen der Arbeit und des gesellschaftlichen Lebens geben.



Aufnahme bei einer Demo für die Einführung eines BGE in Berlin mit 2000 DemonstrantInnen bereits im September 2013. Foto: flickr / stanjourdan

1. Eine drastische Erwerbs-Arbeitszeitverkürzung auf 20 Stunden für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Der Stand der Produktivkräfte\* würde das auf jeden Fall gewährleisten und die bevorstehende Digitalisierung macht dies dringend notwendig, damit nicht die einen 70 Wochen-

Höchstens 20 Stunden Erwerbsarbeit auch deswegen, weil genug andere gesellschaftlich notwendige Arbeit **auf Männer und Frauen gleichmäßig verteilt werden** müssen: Die Betreuung der Kinder, die Pflege der Alten und Kranken und natürlich die Hausarbeit. All das war neben der Erwerbsarbeit bisher vorwiegend Arbeit der Frauen. Damit muss endlich Schluss sein!

Außerdem sollte jedeR Zeit zur Verfügung haben, sich gesellschaftlich und/oder politisch zu engagieren, an seiner Weiterbildung zu arbeiten, Sport zu treiben und bei Hobbys Ausgleich zu finden. Damit gibt es auch viele eigene Gestaltungsmöglichkeiten! (siehe auch: Frigga Haug: „Die Vier-in-einem-Perspektive“, Argument)

2. Die Erwerbstätigen sollten auch über ihre Arbeitsbedingungen bestimmen kön-

nen, das wäre ein wichtiger Kampf.

3. Die Produzenten also die ArbeiterInnen und Angestellten sollten Einfluss auf die zu fertigenden Produkte haben (z.B. Rüstung oder stattdessen Fahrräder oder Eisenbahnen). Damit verbunden sind die Eigentumsfrage und der Kampf um die Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit.

4. Und natürlich muss es eine sanktionsfreie Mindestsicherung geben, die oberhalb des Hartz IV-Satzes liegt. DIE LINKE fordert zurzeit 1050 €. Da wo Menschen nicht arbeiten können, keine für sich passende Arbeit finden, immer wieder abgewiesen werden oder auch – aus welchen Gründen



auch immer – nicht arbeiten wollen, muss das eine Gesellschaft tragen. Nur durch positive Erfahrungen und nicht durch Sanktionen, werden Menschen auch Gefallen an Arbeit finden.

Marlit Klaus

\*Stand der Produktivkräfte ist die aktuelle Entwicklung der natürlichen, technischen, organisatorischen, wissenschaftlichen Möglichkeiten, Produkte zu fertigen

# Afrîn – Aufruf für eine zweite Phase des Widerstandes – Gemeinsam kämpfen!

**D**ie kurdische Frauenbewegung ruft zu einer neuen Phase des Widerstandes zur Verteidigung von Afrîn auf.

Am 20. Januar begann die Invasion, bei der die türkische Armee und ihre Hilfstruppen – darunter auch 3000 ehemalige IS-Söldner und zahllose Al Qaida-nahe Jihadisten – unter der zynischen Bezeichnung „Operation Olivenzweig“ das Land der Olivenbäume, Afrîn, brutal besetzten. Etwa 3000 Menschen ließen ihr Leben, hunderttausende wurden vertrieben. Mit der Besetzung Afrîns verfolgt das Regime Erdoğan vor allem zwei Ziele: Die innenpolitische Stärkung der AKP durch den Kriegstaumel und damit einen Vorteil bei den vorgezogenen Wahlen in der Türkei einerseits und andererseits die Vertreibung der kurdischen Bevölkerung aus Afrîn und die Ansiedlung syrischer Araber\*innen, also einen Demographiewandel und damit die langfristige Besetzung der Region.

## Plünderung und Annektion

Die Bevölkerung des nordsyrischen Kantons sowie die YPG und YPJ leisteten unglaubliche 58 Tage Widerstand gegen die zweitgrößte NATO-Armee und die von ihr rekrutierten Milizen. Etliche zivile Konvois aus anderen Teilen Nordsyriens unterstützten sie. Erst als die Besatzungstruppen kurz vor der Stadt Afrîn standen und die türkische Luftwaffe brutal zivile Einrichtungen, vor allem Krankenhäuser, bombardierte, wurde am 18. März der Großteil der Bevölkerung in die benachbarte Region Şahba evakuiert.

Das Erste, was geschah, als der türkische Staat in Afrîn einmarschierte, war die Plünderung der Häuser und Geschäfte. Danach führten die Besatzungstruppen Razzien bei der verbliebenen Bevölkerung durch, verschleppten, folterten und ermordeten dutzende Menschen. In Zentral-Afrîn und den umliegenden Dörfern besetzte der türkische Staat unzählige Häuser oder riss sie mit Baumaschinen ein. Nach der Besetzung des Stadtzentrums von Afrîn wurde am 19. März in Antep ein „Afrîn-Rat“ gegründet, dessen Koordinierung dem Gouverneur von Hatay unterliegt. Damit wurde Afrîn faktisch von der Türkei annektiert.



Die türkische Armee beginnt am 20.01.2018 einen völkerrechtswidrigen Kriegseinsatz mit dem Einmarsch in Syrien unter dem Decknamen „Operation Olivenzweig“ unter Verwendung aus Deutschland gelieferter Leopard 2 Panzer. Die Militäraktion endet mit der Quasi-Annektion von Afrîn durch die Türkei. Wir fragen uns: Wo bleibt hier der laute Ruf der EU nach Sanktionen? Foto: wikimedia / Zlatica Hoke (VOA)

## Entführungen und Einführung des Schleierzwangs

Besonders betroffen von der Besetzung, die den vom IS etablierten Standards in nichts nachsteht, sind Frauen und Mädchen. Verschleppungen und sexualisierte Gewalt sind an der Tagesordnung. Selbst kleine Mädchen wurden entführt und zwangsverheiratet. Frauen müssen sich, wie unter der IS-Herrschaft in Raqqa, vollkommen verschleiern, sie dürfen ohne männliche Begleitung das Haus nicht mehr verlassen. Der Schleierzwang wurde inzwischen im gesamten Kanton durchge-



setzt. Kleinen Mädchen wird das Haar verhüllt, und sie durften sich nicht im selben Raum wie die Jungen aufhalten, Kinder werden zum Koranunterricht in der Moschee gezwungen.

## Umsiedlung von Jihadisten nach Afrîn

Momentan findet eine Umsiedlung von Jihadisten mit ihren Familien nach Afrîn statt, auch Türk\*innen werden nach Afrîn umgesiedelt. Nach Angaben des Demokratischen Rats Syriens (MSD) sind bisher ungefähr 4000 Familien von islamistischen Milizen in der Stadt und den Dörfern angesiedelt worden. Während die Flüchtlinge in Şahba ihrem Schicksal überlassen sind, werden die Jihadisten, die das Land besetzten, von internationalen Hilfsorganisationen unterstützt, berichtet ANF. An die Jihadisten in Afrîn wurden Wahlunterlagen für die türkischen Parlamentswahlen ausgegeben.

Die Menschen, die geflohen sind, leben unter einem Embargo und sind von Feinden umzingelt, vom IS, dem syrischen Regime und der türkischen Armee. Nach wie vor sind sie nur mangelhaft versorgt. Leishmaniose und Tuberkulose sind ausgebrochen.

## Ideologischer Angriff

Die kurdische Frauenbewegung analysiert den Angriff auf Afrîn folgendermaßen: Der Angriff und die mangelnde Unterstützung sind politisch begründet. Er richtet sich gegen ein nichtstaatliches, emanzipatorisches und feministisches Gesellschaftsmodell, das gerade weil es eine Alternative nicht nur für den gesamten Nahen und Mittleren Osten darstellt, eine Gefahr für die Nationalstaaten ist.

In Afrîn und ganz Rojava wurde ein Modell des Zusammenlebens verschiedenster Bevölkerungsgruppen entwickelt. Seit Jahrhunderten speisen die Herrschenden ihre Macht daraus, verschiedene Religionen, Sprachen, Kulturen oder Geschlechter zu spalten und gegeneinander aufzubringen. Dies wird in der Praxis von Nordsyrien überwunden. Gerade nach Afrîn waren viele tausend arabische Flüchtlinge gekommen, und die Selbstverwaltung hatte es geschafft, gemeinsam mit ihnen eine Perspektive zu entwickeln. Der türkische Faschismus hat sich schon vor 100 Jahren beim Genozid an 1,5 Millionen Armenier\*innen auch mit der Eroberung ihres Landes bereichert. Nun versucht er dies in Afrîn und Rojava zu wiederholen.

Der Nationalstaat, der tendenziell nationalistisch ist, trägt potentiell die Gefahr des Faschismus in sich. Faschismus ist das Abkommen der Herrschenden. Die Welt schweigt erneut zu einem ungeheuren Verbrechen. Daran ist nicht nur Erdoğan beteiligt, sondern auch Putin, Assad, Barzanî, Rohani, Trump und Merkel. Heute gibt es keinen Ost- und Westblock mehr, es gibt nur noch die Seite der unterdrückerten





Afrin noch vor Ausbruch des Krieges in Syrien und weit vor dem Luftwaffenangriff der Türkei bei der Operation Olivenzweig im Jahr 2009. Foto: wikimedia / Bertramz

Staaten und auf der anderen Seite die Kräfte, die Widerstand leisten. Deutschland schweigt, weil es gute Geschäfte mit den Waffenexporten macht. Durch das Flüchtlingsabkommen hat es sich mit Erdoğan geeinigt. In der Türkei leben 3,5 Millionen syrische Flüchtlinge, diese hält Erdoğan zurück, bzw. will jetzt einen Teil davon in Afrin ansiedeln.

### Rojava der Beweis für die These „Eine andere Welt ist möglich“

Rojava ist für viele Menschen weltweit zur Hoffnung geworden. Während im Westen immer mehr Menschen am Kapitalismus verzweifeln und krank werden, wurde hier begonnen eine wirkliche Alternative auf der Basis von Kommunen aufzubauen. Unsere Aufgabe als demokratische Kräfte ist es, das Schweigen zu brechen, eine Einheit der unterdrückten Bevölkerungen und der Frauen und Demokrat\*innen weltweit zu bilden, so die kurdische Frauenbewegung. Die Revolution in Rojava ist der Sieg aller Unterdrückten, aller Frauen, die sich nach Freiheit sehnen, einer Welt ohne patriarchale Ausbeutung und Herrschaft. „Eine andere Welt ist möglich“ wird in Rojava und Afrin in die Realität umgesetzt.

Seit sieben Jahren wird in Rojava ein schwerer Krieg vor allem gegen den IS durchlebt. Afrin war ein Ort des Friedens. Obwohl Afrin einem schweren Embargo ausgesetzt war, hat es z.B.: eine autarke Wirtschaft aufgebaut. Bei allem wurde die Geschlechtergleichwertigkeit zur Basis genommen, patriarchale Ökonomie überwunden und durch gemeinschaftliche Ökonomie ersetzt. Das ist eine wirkliche Alternative zum kapitalistischen Patriarchat. Der Krieg im Mittleren Osten ist ein imperialistischer, kapitalistischer und nationalistischer Angriffskrieg, den die regionalen kapitalistischen Kräfte führen, unterstützt von den Weltmächten.



Luftangriffe der türkischen Armee haben schwere Spuren in Afrin hinterlassen. Foto: Kaled Joobr

### Das kapitalistische Patriarchat in der Krise

Die jetzige Phase ist von großer Bedeutung für die Zukunft der Menschheit. Das 21. Jahrhundert kann zu einem Jahrhundert werden, das die Überwindung des kapitalistischen Patriarchates bringt und eine Phase einläutet, in der die Reichtümer der Erde den Menschen wieder zugutekommen, ohne sie zu zerstören. Hunderttausende von Jahren hat die Menschheit so gelebt, bevor vor etwa 5000 Jahren das Zeitalter von Krieg, Unterwerfung, Plünderung, Versklavung und Ausbeutung begann. Staat, Patriarchat, Herrschaft befinden sich nun in einer tiefen Krise. Ökologisch, ökonomisch auf vielen Ebenen ist die Krise kurz vor der Explosion. Dies hat schwerwiegende Folgen für große Teile der Menschheit, Krieg, Hunger, Armut, Ausbeutung und Gewalt an Frauen. In solchen Phasen können kleine Schritte sehr große Veränderungen

bewirken. Das System hat dies längst verstanden. Daher zerschlägt es die kleinsten Schritte potentiell revolutionären Aufbruchs.

Afrin ist so ein winziger Schritt. Obwohl Rojava nur ein kleiner Ort mit wenig Bevölkerung ist, kann seine Befreiung enorme Folgen für die Zukunft der Menschheit für die nächsten Jahrhunderte haben.

### Aufruf der kurdischen Frauenbewegung

Die kurdische Frauenbewegung ruft die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte auf, ihr Potential voll auszuschöpfen. Sie weist darauf hin, dass wenn wir es in dieser Umbruchphase nicht schaffen, es später noch viel schwerer sein wird. Wir verlieren nicht ein paar Jahre, sondern vielleicht hunderte Jahre oder alles. Der Kampf der Frauen und der unterdrückten Völker wird nie aufhören. Etablieren sich Herrschaftssysteme erst einmal, ist es sehr schwer, sie wieder zu überwinden. Daher bringt nach Meinung der kurdischen Frauenbewegung dieser 3. Weltkrieg, der im Mittleren Osten geführt wird, auch Chancen mit sich. Die Möglichkeit, dass oppositionelle Kräfte sich vereinen. Es gibt starke Kräfte der Veränderung. Aber sie sind verstreut und kämpfen an vielen Orten, ohne sich gegenseitig zu stärken. Sie sollten sich in Vielfalt vereinen und gemeinsam kämpfen, sonst verlieren wir vielleicht die Zukunft der Menschheit. Als die Spanische Revolution oder die Pariser Commune erstickt wurden, konnten sie viele Jahre keine neue Kraft entwickeln. Daher sind die Frauenbefreiung, das kommunale Leben in Rojava eine Chance für die Frauen\* und die Menschen, die sich weltweit nach Freiheit sehnen.

Jetzt ist es Zeit zu kämpfen, die kurdische Frauenbewegung sagt, es sei nun die Zeit einer praktischen Phase, einer Phase, in der Kräfte schnell gebündelt werden müssen, nun ist es Zeit für alle fortschrittlichen Kräfte, Verantwortung für diese Phase zu übernehmen. Dafür gibt es viel Potential, auch in Kobani waren es die demokratischen Kräfte weltweit, die die Wende gebracht haben. Es ist Zeit eine neue Dynamik und neue Formen für den Kampf von Frauen\* zu erschaffen.

### Jahrhundert der Frauen\*

Die kurdische Frauenbewegung sieht das 21. Jahrhundert als ein Jahrhundert der Frauen\* an, als eine Chance, das Ruder noch einmal herumzureißen und zu einem Jahrhundert der Frauen\*revolution zu machen. Bisherige Revolutionen haben die Bedürfnisse der Hälfte der Menschheit, der Frauen\* einfach übersehen. Das ist es, was in Afrin, in Rojava im Moment aufgebaut und verteidigt wird. Heute geht es nicht nur um die Veränderung der Frauen\*, sondern um die ganze Gesellschaft. Die Erforschung der Gesellschaft mit den Augen der Frauen\* ermöglicht die neue Perspektive für gesellschaftliche Lösungen und Veränderungen, die das Leben auf diesem unserem Planeten für alle zu einem schönen Leben macht.

Anja Flach (Rojbin Frauenrat Hamburg)

In Hamburg gibt es eine Gruppe, die sich an der Kampagne „Gemeinsam Kämpfen“ beteiligt Wer mitmachen will, schreibt an [gemeinsamkaempfen@riseup.net](mailto:gemeinsamkaempfen@riseup.net)  
Mehr Infos: <http://gemeinsamkaempfen.blogspot.eu/>  
Auch gibt es ein regelmäßiges Bündnis, dass sich 2-wöchentlich trifft <https://solidaritaetskomiteemitafrin.blackblogs.org/>

# In Altona stinkt's!

## Darum sind die Fahrverbote nichts als wirkungslose Symbolpolitik

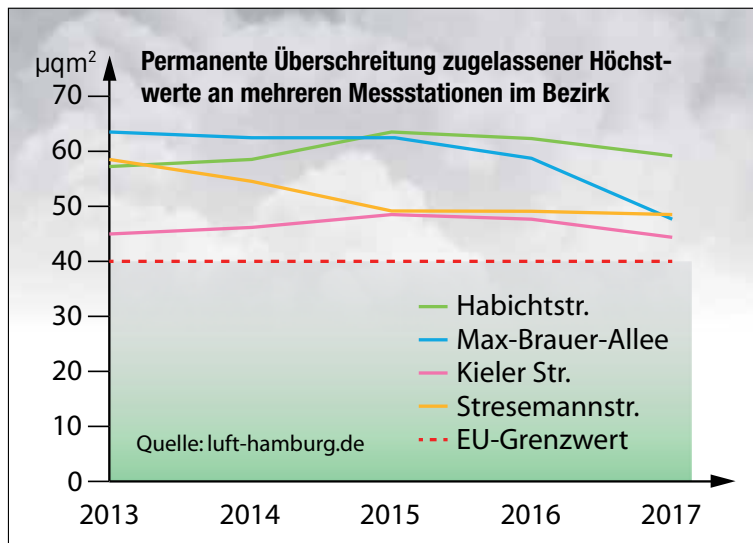
**A**ltonaer und Hamburger Initiativen tun sich zusammen, um gemeinsam für reinere und gesündere Luft in Hamburg zu kämpfen. Darunter ist die von Bürgerschaftsabgeordneten Norbert Hackbusch angeführte Initiative **Reine! Luft! Altona!**, die im Januar bereits eine Auftaktveranstaltung mit Vertretern des BUND und NABU sowie mit dem Arzt Dr. Marcial Velasco veranstaltete, um auf die Luftverschmutzung in Altona und insbesondere die gesundheitlichen Gefahren von Stickoxiden und Feinstaub hinzuweisen.

Das Thema ist hochaktuell. Am 17.05.2018 legte die EU-Kommission gegen Deutschland Klage beim Europäischen Gerichtshof ein. Neben Deutschland werden Frankreich, Rumänien, Ungarn, Italien, Rumänien und Großbritannien wegen steter Überschreitung der Grenzwerte für die Luftqualität (Stickstoffoxide und Feinstaub) verklagt. Die durch die EU festgelegten Grenzwerte gelten seit 2005 bzw. 2010 und Deutschland ergriff seitdem keine überzeugenden Maßnahmen gegen die Überschreitung der Grenzwerte, sodass die EU-Kommission nunmehr Klage eingeleitet hat.

Der Hamburger Senat wollte mit dem Luftreinhalteplan, der erst letztes Jahr

40 Mikrogramm pro Kubikmeter. Diese werden an den Messstationen in der Max-Brauer-Allee, Kieler Straße, Stresemannstraße und Habichtstraße regelmäßig und bei weitem überschritten.

Der Luftreinhalteplan sieht als Gegenmaßnahme neben dem vermehrten Einsatz von Elektrobussen vor, Verbote für den Dieselverkehr in der Stresemannstraße und der Max-Brauer-Allee zu installieren. Grünen-



Umweltsenator Kerstan hat mit großem Pressewirbel die Schilder für die Durchfahrtsverbote am 31.5.2018 eingeweiht. Dagegen protestierten die Initiativen (siehe Fotos). Zu Recht, denn die Fahrverbote lediglich in diesen beiden Straßen sind ein Hohn und können die Belastung mit Stickoxiden in Hamburg nicht verringern, im Gegenteil! Zwar werden die entsprechenden Messstationen dann geringere Werte NO<sub>2</sub>

Areale Dieselfahrverbote erlassen werden müssten, was der Senat jedoch scheut.

Das offenbart ein Dilemma: Man möchte pressewirksam irgendetwas tun, aber umfassende Fahrverbote werden nicht ausgesprochen. Anstatt über ein nachhaltiges Verkehrskonzept mit einer dauerhaften Reduzierung des Gesamtverkehrs nachzudenken, wird also nur zu Placebos gegriffen – der Wille zur radikalen Verkehrswende fehlt. Dabei ist das nur die Spitze des Eisberges, denn es ist nicht einmal klar, wie hoch die Schadstoffbelastung in Hamburg wirklich ist. Denn Messstationen fehlen leider flächendeckend. Gleichzeitig werden von Seiten der bürgerlichen Parteien die Autokonzerne gehätschelt. Nicht einmal der Hardware-Einbau zur Verringerung des Ausstoßes der Stickoxide zu Lasten der Verursacher, wurde bisher durchgesetzt.

Was klar ist, ist jedoch, dass der weitaus größte Teil der Schadstoffbelastung durch

den Hamburger Hafen verursacht wird. Während laut Auswertungen des BUND nämlich 29 % des Gesamtschadstoffausstoßes durch den PKW-Verkehr verursacht wird, liegt der Wert des Schiffsverkehrs bei 38 %. Laut Luftreinhalteplan wird sich dieses Verhältnis bis 2020 noch weiter auseinander bewegen.

Dabei sind Containerschiffe für 70 % des Stickstoffausstoßes im Hamburger Schiffsverkehr verantwortlich.



Immer mehr und immer größere „Pötte“ im Hamburger Hafen verschlechtern zusätzlich zum intensiven Autoverkehr die Stadtluft. Foto: Birger Gente

beschlossen wurde, versuchen, der Überschreitung der Grenzwerte entgegenzuwirken. Die von der EU geforderten Grenzwerte betragen für Stickstoffoxide (NO<sub>2</sub>)

anzeigen, aber durch die Umwege, die die belastenden LKWs und PKWs fahren, wird die Stadtluft insgesamt natürlich stärker belastet. Das bedeutet, dass über größere

Schiffsklasse	t NO <sub>x</sub>	%
Containerschiff	5.422,0	68
Gas-/Öl-/Chemietanker	832,0	10
Trockenmassengut	132,0	2
Mehrzweckschiff	458,0	5
Kreuzfahrtschiff	200,0	3
Sonstiges Seeschiff	2,7	< 1
Schlepper	175,0	2
Sonst. hafeninterne Verkehre	264,0	3
Binnenschiff	458,0	6
<b>Summe</b>	<b>7.943,7</b>	

Quelle: Luftreinhalteplan für Hamburg, S. 43.

Maßnahmen, wie die verbindliche Nutzung von Landstrom oder der Einsatz von Filtern, wurden durch den Luftreinhalteplan nicht beschlossen. Vor dem Hintergrund, dass

Hamburg langfristig den Umschlag von Containern im Hamburger Hafen erhöhen will, was entweder mit mehr oder/ und noch größeren Containerschiffen verbunden ist, ist das Fehlen von Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität katastrophal und zeigt, dass der Senat die Interessen der Hafenerbetriebe und Reedereien vertritt.

Denn insbesondere die Landstromnutzung – sowohl für Containerschiffe als auch für Kreuzfahrtschiffe – ist für die Reedereien unattraktiv. Zum einen ist der Landstrom wesentlich teurer (0,06 EUR pro Kilowattstunde zu 0,33 EUR pro Kilowattstunde) als die betriebseigene Energiegewinnung. Zum anderen hält der Hamburger Hafen kaum Möglichkeiten dafür vor. Hin-

zukommt, dass wohl nur 10 % der Containerschiffe überhaupt landstromfähig sein sollen. Da würden nur klare gesetzliche Vorgaben effektiv sein.

erhebliche Zivilisationskrankheiten wie Asthma, Diabetes, Bronchitis, Herz – Kreislaufkrankungen und Schlaganfälle verantwortlich zu sein. Laut EU-Kommission sollen offiziell 10.610 Todesfälle auf die Luftverschmutzung zurückzuführen sein. Die Dunkelziffer wird wohl bei weitem höher liegen.



Pressewirksam hat der Hamburger Senat Ende Mai das erste Fahrverbot Deutschlands eingeführt. Foto: Pixabay

Dagegen formiert sich Widerstand in Altona und auch in anderen Bezirken. Hamburg weit wurde das Bündnis Mobilität – für eine Verkehrswende in Hamburg ins Leben

sunden Luft muss jetzt durch die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt in die Hand genommen werden. Denn der Senat hat gezeigt, dass er nicht gewillt ist, gegen die Schadstoffbelastung in der Hamburger Luft nachhaltig und entschieden vorzugehen. Placebo-Maßnahmen, wie Verbot von Dieselverkehr auf zwei Straßen oder der vermehrte

Einsatz von Elektrobussen, können die Luftqualität in dieser Stadt nicht wieder herstellen. Ein gutes Verkehrskonzept im Zusammenhang mit einer sozialgerechten Stadtplanung fehlt in dieser Stadt. Neben der Frage der Luft sollte auch die Einschränkung der Lebensqualität durch Lärm, Stress im Straßenverkehr und fehlender Raum zum Leben thematisiert werden.

Der Diskurs ist eröffnet und der Senat muss unter Druck gesetzt werden, die Lebensqualität in dieser Stadt für die Menschen zu verbessern.

Thérèse Fiedler



Protest vor dem Altonaer Rathaus. Foto: Norbert Hackbusch

Der Umgang des Hamburger Senats mit der Frage zur Luftreinheit ist ein Skandal und die Notwendigkeit eines modernen, den Mensch in den Mittelpunkt stellenden Verkehrskonzepts ist augenscheinlich. Denn es geht hier um die Gesundheit derer, die hier leben. Denn sowohl Stickstoffoxyd als auch Feinstaub stehen in Verdacht für

gerufen. In Altona engagieren sich Initiativen wie die Ottenser Gestalten, Tempo 30 – Max – Brauer – Allee, oder Umweltorganisationen wie der Nabu, der BUND, der ADFC und Reine! Luft! Altona! für Alternativen im Hamburger Verkehr.

Die Herausforderung einer sauberen und ge-

#### Als Sofort-Maßnahme fordert die Initiative Reine! Luft! Altona! unter anderem:

- Einspurige Straßen und Tempo 30 in der ganzen Stadt.
- Ein Verbot von LKW-Durchfahrten
- HVV zum Nulltarif, mit attraktiver Taktung und Elektrobussen
- Einhaltung der EU Grenzwerte als Mindestgrenzwerte sofort
- Flächendeckend Messstationen, die die Werte überwachen
- Eine menschengerechte Hafenpolitik und Landverstromung

**Wer sich in der Initiative Reine! Luft! Altona! engagieren möchte, kann gern zu den Treffen immer am ersten Mittwoch im Monat um 19.00 Uhr im AWO - Seniorentreff Mekan in der Karl Wolff-Straße 19 kommen.**

Nähere Informationen:

<http://ottensergestalten.de/>

<http://www.hamburg.de/luftreinhaltung>

<http://verkehrswende-hamburg.net/>

# Ökologische Krise und Natur

**M**ensch und Natur sind die Opfer der kapitalistischen Produktionsweise. Wobei die Natur sicher das größere Opfer bringt. Denn anders als der Mensch kann sie am Kapitalismus nichts ändern. Sie hat in den sozialen Verhältnissen zwischen Subjekten keine eigene Stimme. Ohne Natur kann weder Mensch noch Tier existieren. Aber sie ist kein Subjekt. Darum müssen wir stellvertretend für sie unsere Stimme erheben.

Natur meint hier natürlich nicht Landwirtschaft, ob industriell oder biologisch, sondern die Gratisleistungen der Natur wie Luft, Wasser, Erdöl, Erze usw., und die dazugehörigen Eingriffe in die Natur wie Kohlendioxid u.ä. Der Erhalt und Schutz der Natur wird immer mehr zur Menschheitsfragen. Und Menschheitsfragen rangieren im Zweifelsfall vor Klassenfragen, wobei Menschheitsfragen als Antwort natürlich auch eine Verschärfung des Klassenkampfes notwendig machen können, wenn im Bündnis mit der Klasse der Kapitalisten keine Lösung möglich ist.

Klassenkampf meint nicht den Bau von Barrikaden. Klassenkampf findet jeden Tag statt. Es ist der Kampf um die Verwertung der Werte aus menschlicher Arbeit, die über die Reproduktion des Lebens hinausgehen. Mit anderen Worten, es geht um Reichtum durch Ausbeutung von Arbeit. Wenn wir die Welt an unsere Nachkommen besser, aber zumindest heil, übergeben wollen, muss dieser Kampf aufgenommen werden.

In den Augen der WählerInnen sind es traditionell die Grünen, denen man zumindest zubilligt, dass sie diese Menschheitsfrage ernst nehmen. Das haben sie sich auch durch vergangenes Engagement in ihrer Anfangszeit verdient. Und solange es dauerte bis die Themen der Grünen im Bewusstsein der Menschen ankamen, kann es ähnlich lange dauern, bis sie begreifen, hier stimmt

der Name so wenig wie das C bei CDU und CSU. Abgesehen davon, dass DIE GRÜNEN inzwischen Umweltsünden im Namen des „wirtschaftlichen Wachstums“ mittragen wie z.B. Zuschüttung des Mühlenberger Lochs, Elbvertiefung, keine wirksamen Maßnahmen gegen die schlechten Luftverhältnisse aufgrund der Abgase von Auto-, Schiffverkehr und Kohlekraftwerk, haben die GRÜNEN keine sinnvollen langfristigen Konzepte, was geschehen muss, um Veränderungen herbeizuführen. Die Verbindung von Arbeit und Ökologie, theoretisch und praktisch, darauf haben die grünen Liberalen keine zufriedenstellenden Antworten.



Foto: Pixabay

Leider wenig wahrgenommen, haben DIE LINKEN schon seit Anbeginn mit dem „Plan B“ ein Konzept für einen sozial-ökologischen Umbau vorgelegt. Statt Profit und Ökologie muss Soziales und Ökologie zusammen gedacht werden. Was, wieviel, wie und wo produziert wird gehört nicht in die Bestimmungsgewalt einer Minderheit von Privateigentümern an Produktionsmittel, sondern in die Hände der in der Produktion Tätigen und der Konsumenten. Es ist eben ein entscheidender Unterschied, ob sich eine Minderheit oder die Mehrheit die Werte aneignet, die über den Lohn hinaus erzeugt werden.

Natur und Sorgearbeit sind unverzichtbar für den menschlichen Lebensprozess. Der Kapitalismus nimmt sie sich gratis. Dass Hausarbeit, Pflege, Sorge innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise keinen Wert hat, bedeutet gerade nicht, sie seien wertlos. Ein staatlich betriebenes, aus-

schließlich, aus Steuern finanziertes Krankenhaus, will kranken Menschen helfen, aber nicht an der Krankheit verdienen, wie es unabhängig von den Beschäftigten für kapitalistisch betriebene Krankenhäuser gilt. Gesellschaft und Kapital haben unterschiedliche Ziele. Kapitalistische Produktion ist gegenüber den von ihr verursachten sozialen und ökologischen Nebenwirkungen und Kosten gleichgültig. Wenn hohe Profite locken, entwickelt das Kapital eine extreme Rücksichtslosigkeit und zerstörerischen Umgang mit Menschen und Natur. Notwendig ist daher ein umfassender sozial-ökologischer Umbau, der umgehend, also noch unter kapitalistischen Bedingungen durchgesetzt werden muss. Eine wichtige Frage dabei ist die Bedeutung des wirtschaftlichen Wachstums. Der Kapitalismus behandelt ihn wie einen Selbstzweck und als Wohlstandsindikator, was er nicht ist. Unangemessen ist aber auch eine negative Fetischisierung von Wachstum.

Ökologisch rücksichtslose Wachstumsentwicklung, resultiert aus den inneren Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise selbst.

Ein ökologischer Umbau erfordert große Investitionen und erheblichen Arbeitsaufwand.

Zusätzliche Wertschöpfung und damit höheres BIP kann mit einer erheblichen Verringerung der Umweltbelastung verbunden werden, wenn zusätzliche Erwerbsarbeit zur Vermeidung oder Beseitigung von Umweltbelastungen organisiert wird. Dies etwa im Recycling, im vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien und erneuerbaren Materialien. Materielle Produktion muss in Richtung ökologischer Kreislaufwirtschaft umgebaut und die Erwerbstätigkeit zunehmend auf soziale und andere Dienstleistungen. Zugleich müssen gerechtere Verhältnisse durchgesetzt werden.

Gezieltes Schrumpfen besonders umweltbelastender Produktionen und Konsums muss verbunden werden mit selektivem Wachstum umweltverträglicher Bereiche sowie sozial gestalteter Arbeitszeitverkürzung.



**TSCHÜSS  
KOHLE** HAMBURGER  
VOLKSINITIATIVE

# „Tschüss Kohle“ – von der Notwendigkeit eines raschen Kohleausstiegs

Energie aus Kohlekraftwerken ist eine der klima- und umweltschädlichsten Formen der Energieerzeugung. Kohlekraftwerke sind einer der größten Verursacher\*innen des Klimawandels und stoßen neben großen Mengen Kohlendioxid auch immense Mengen an gesundheitsschädlichen Stoffen wie Quecksilber, Blei, Arsen, Cadmium und Stickoxide aus. Zudem ist der Import von Steinkohle mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen in den Herkunftsländern (wie z.B. Kolumbien) verbunden.

entschlossener Klimaschutz, wozu an erster Stelle der Kohleausstieg gehören würde, könnte den Meeresspiegelanstieg erfolgreich verlangsamen.

Die Hamburger Volksinitiative „Tschüss Kohle“, die sich im Februar diesen Jahres gegründet hat und mittlerweile von 40 Organisationen (darunter Attac, BUND, Robin Wood und Hamburger Energietisch) unterstützt wird, möchte diesen dringend notwendigen Kohleausstieg möglichst bald gesetzlich verbindlich machen, damit er

mehr aus Kohle produziert werden. Dazu will die Initiative per Gesetzentwurf das Hamburger Klimaschutzgesetz und das Wegerecht ändern. U.a. sollen ab Gültigkeit dieses Gesetzes öffentliche Wege und Flächen, wie Parks und Sportplätze, nicht mehr für den Bau von Wärmeleitungen oder – netzen zur Verfügung gestellt werden, wenn in diese Leitungen Wärme aus Kohleverbrennung eingespeist werden soll. Die wirkungsvollste Einzelmaßnahme, die Hamburg für den Klimaschutz erbringen kann, ist die Fernwärme möglichst schnell kohlefrei produzieren zu lassen. Wird das Kohlekraftwerk Moorburg, mit dem der Konzern Vattenfall Profite verdienen möchte, erst einmal an das Fernwärmenetz angeschlossen (eine entsprechender Antrag Vattenfalls hinsichtlich einer Moorburgtrasse 2.0 existiert bereits!), wird es so schnell nicht abgeschaltet werden, was wiederum für x Jahre mehr Millionen von Tonnen klimaschädlichen Kohlendioxids bedeuten würde. Dies gilt es unbedingt zu verhindern!

Die Volksinitiative „Tschüss Kohle“ hat bis zum 8. Juni 22.494 Unterschriften gesammelt, und will damit nun ordentlich Druck machen, damit die Hamburger Bürgerschaft den „Tschüss Kohle“-Gesetzentwurf möglichst gleich übernimmt.



Kurz vor Übergabe der Unterschriftenaktion im Hamburger Rathaus.  
Foto: © Daniel Müller

Ende 2015 wurde im Klimaschutzabkommen von Paris vereinbart, die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Ohne einen raschen Einstieg in den Kohleausstieg können die deutschen Klimaschutz-Verpflichtungen nicht erreicht werden. In Deutschland gehört Hamburg zu den Städten, die am meisten Kohle verbrennen. Aktuell werden in Hamburg noch 60% Fernwärme und 85% des auf Hamburger Gebiet produzierten Stroms aus Steinkohle erzeugt.

Gleichzeitig wird Hamburg als Küstenstadt direkt vom steigenden Meeresspiegel betroffen sein. Laut einer im Februar 2018 veröffentlichten Studie von renommierten US – Geophysiker\*innen (PNAS, Nerem et al. 2018) steigt der Meeresspiegel noch stärker an als bisher angenommen. So läge nach deren vorsichtiger Schätzung der durchschnittliche Pegel an den Küsten bis 2100 um 65 Zentimeter höher als im Jahr 2005. Die Hansestadt wird somit weitere Millionen – wenn nicht Milliarden – in den Hochwasserschutz investieren müssen. Ein

nicht nur politische Absicht bleibt, sondern auch über die nächste Bürgerschaftswahl hinaus gilt. Mit der Volksinitiative soll erreicht werden, dass in Hamburg spätestens ab 2025 keine Wärme und ab 2030 auch kein Strom

Heike Schoon  
Für DIE LINKE Altona im Ausschuss für  
Grün, Naturschutz und Sport  
der Bezirksversammlung Altona

## Widerstand gegen die Moorburgtrasse

### Bürgerinitiative gegründet

#### Menschen in Klein Flotteck, Othmarschen und Bahrenfeld wehren sich

Am 14. Mai wurde in Bahrenfeld eine Bürgerinitiative gegen die Moorburgtrasse 2.0 gegründet. 25 Bürgerinnen und Bürger aus Othmarschen, Klein Flottbek und Bahrenfeld wenden sich gegen die Fernwärmetrasse unter der Elbe. Sie wollen stattdessen einen klimaverträglichen Ersatz für das alte Heizkraftwerk in Wedel. Wärmelieferungen aus dem Heizkraftwerk Moorburg lehnen sie ab. Die Teilnehmer\*innen der Versammlung sehen außerdem die Gefahr, dass einem

Trassenbau Hunderte von z. T. sehr alten Bäumen zum Opfer fallen werden. Eine monatelange Baustelle quer durch ihre Stadtteile wollen die Mitglieder der BI auch nicht akzeptieren. Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten soll aber die Sorge um die Klimaentwicklung stehen.

**Die Bürgerinitiative trifft sich wieder am 25. Juni um 19.00 Uhr in der Ebertallee 30 in den Räumen der Melanchtongemeinde.**

<http://trasse-stoppen.bplaced.net/wordpress/>

## WEG mit dem § 219a

Der § 219a StGB war bis vor wenigen Monaten nur in Fachkreisen bekannt. Und zwei Männern, die seit Jahren akribisch das Internet durchforsteten, um jene MedizinerInnen anzuzeigen, die auf ihrer Website darüber informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche anbieten.<sup>1</sup> Gleiches galt für die Folgen dieses Strafrechtsparagraphen – für ungewollt Schwangere und für ÄrztInnen, die Abbrüche durchführen. Vor allem Jüngere waren sich gar nicht mehr bewusst, dass Schwangerschaftsabbrüche nicht straffrei sind.

Die Generation, die in den 1980er Jahren zur Welt gekommen ist, hatte Pflichtberatungen und die 12-Wochen-Grenze offenbar so verinnerlicht, dass es kein Bewusstsein mehr dafür gab, dass Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland unter Strafe stehen. Umso größer die kollektive Empörung, als bekannt wurde, dass (nicht nur) eine Ärztin zu 6.000 Euro Strafe verurteilt wurde, weil sie gegen den § 219a StGB verstoßen hatte. Jutta Franz beschrieb 2015 in dem Buch „Abtreibung – Diskurse und Tendenzen“<sup>2</sup> zudem die sehr differenzierten Sichtweisen und Gefühlslagen von Frauen, die ungewollt schwanger sind. Selten seien sie voll informiert, wenn sie in die Pflichtberatung kommen, schreibt sie. Und längst nicht alle befänden sich in einem Konflikt. Die meisten seien „sehr

tuation der bessere Weg ist. Allen Frauen sei aber gemein, dass sie mit dem Strafgesetz in Konflikt geraten, stellt sie fest. Diese Darstellung widerspricht der Version von AbtreibungsgegnerInnen, die sie gern über ungewollt Schwangere verbreiten. Frauen sollen nach wie vor Schuldgefühle eingeredet werden, wenn sie eine Schwangerschaft nicht austragen. Unhaltbare Drohungen und Verwünschungen werden prophezeit, von lebenslangen Traumata bis hin zur Unfruchtbarkeit als Folgen eines Abbruchs. Jugendliche und Frauen im ganzen Land haben sich mittlerweile aufgemacht, die Abschaffung des § 219a zu erreichen. Kundgebungen, Fachtagungen, Diskussionsrunden, Demonstrationen gegen „Märsche für das Leben“ und Mahnwachen vor Beratungseinrichtungen haben stattgefunden. Erklärungen, Solidaritätsbekundungen erhöhten in den letzten Monaten den gesellschaftlichen Druck.

Der Streit um den § 219a StGB ist auch in den Medien breit dargestellt worden: Dass es nach ihm untersagt ist, für Schwangerschaftsabbrüche zu werben, wenn mit ihnen ein Vermögensvorteil erzielt werden kann, was nach gängiger Rechtsprechung



ÄrztInnen, die bspw. auf Ihrer Homepage über Schwangerschaftsabbrüche informieren, riskieren mit § 219a Freiheitsstrafen von bis zu 2 Jahren. Foto: Pressfoto / Freepik

Paragraph bewirkt seit Jahren, dass ÄrztInnen, die Abbrüche vornehmen, kriminalisiert und Frauen eingeschüchtert werden.

Aber es hat sich viel getan, seit die Ärztin und Feministin Kristina Hänel ihre Online-Petition<sup>3</sup> für die Informationsrechte von Frauen und für ihr Berufsrecht als Ärztin startete und damit eine neue Frauen- und Menschenrechtsbewegung entfachte.

Frauen wie Männer, MedizinerInnen, Verbände, Parteien, Landtags- und Bundestagsfraktionen, Studierende, ChristInnen, JuristInnen debattieren leidenschaftlich und streitbar über die Abschaffung des § 219a StGB. Würde es nach der Mehrheit der Bevölkerung gehen, wäre der 219a bereits Geschichte: Die breite Mehrheit lehnt ihn ab. Und fast wäre es soweit gewesen: Noch bevor der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD unterzeichnet wurde, hatte sich nach Grünen und Linken auch die SPD festgelegt, den § 219a zu kippen. Die FDP sah die komplette Streichung als eine mögliche Option. Einen Tag vor der Kanzlerinnen-



Demo gegen § 219a. Fotos: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

wohl in der Lage, widerstreitende Gefühle und Gedanken abzuwägen und sich sehr schnell klar, welcher in ihrer aktuellen Si-

jede Information mit einschließt, wirkt widersinnig und seltsam antiquiert im Internetzeitalter. Ist es ja auch. Und dieser

wahl zog der Fraktionsvorstand der SPD den Gesetzesantrag zurück. Selbst eine für Mitte April bereits angedachte Anhö-

zung im Fachausschuss des Bundestages blockierte sie nun. Die Blamage für die SPD, aber auch Wut und der Ärger waren groß. Der Druck lässt nicht nach. Auch immer mehr ÄrztInnen trauen sich aus ihrer Deckung und bekennen sich, berichten über Anzeigen gegen sie wie Nora Szász und ihre Kollegin Natascha Nicklaus. Wie bereits die ÄrztInnen, die auf den Taz-Titelbild im November offenbarten: Wir führen Schwangerschaftsabbrüche durch.

Zuletzt positionierte sich der Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Dr. Frank Montgomery: Er plädierte zunächst für die Abschaffung, schlug aber wenige Tage später nur noch vor, dass eine zentrale Liste erstellt werden könne, auf denen ÄrztInnen stehen, die Abbrüche vornehmen. Ein Vorschlag, der nicht nur beim Arbeitskreis „Frauengesundheit“ scharfen Protest hervorgerufen hat. Sie schrieben im Vorweg des Ärztetages einen Brief: „Die Nennung in einer Liste von ÄrztInnen, die bereit sind, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen, bedeute in der momentanen Situation, sich schutzlos den Angriffen und Diffamierungen der Abtreibungsgegner

auszusetzen. Diesen Ängsten und dem Druck würde sich kaum eine Kollegin/ein Kollege freiwillig ausliefern, solange der § 219a in seiner jetzigen Form bestehen bleibt“, heißt es unter anderem.

#### Was sind die Alternativen?

1. Statt des § 219a StGB brauchen Frauen eine gute Informationsstruktur. Denn die gibt es nicht, auch wenn einige hartnäckig das Gegenteil behaupten – den Beweis aber schuldig bleiben.
2. ÄrztInnen müssen das Recht bekommen, nach eigenem Ermessen und nach Maßgabe ihrer Berufsordnungen über ihre Leistungsspektren zu informieren.
3. Die Versorgungslage muss verbessert werden: Es braucht mehr ÄrztInnen, die Abbrüche vornehmen.
4. Die Ausbildungsstandards der MedizinerInnenausbildung müssen verbessert werden, es bedarf einer Ausweitung der Lehrinhalte um den am häufigsten durchgeführten gynäkologischen Eingriff.

Grundsätzlich haben Schwangerschaftsabbrüche überhaupt nichts im Strafgesetzbuch verloren. Andere Länder zeigen, dass bei Straffreiheit weniger Abbrüche stattfinden und die Qualität der Frauengesundheit steigt. Hier und heute geht es um etwas anderes: Informations- und Berufsrechte. Wer das aber vermischt, löst damit den Gesellschaftskonflikt nicht auf. Der spielt vielmehr Frauenfeinden in die Hände und verkennt die gesundheitspolitische Verantwortung, dass der Staat die medizinische Versorgung sicherzustellen hat, vor allem in einer Notlage, die ein Schwangerschaftsabbruch immer bedeutet.

*Etwas gekürzter Artikel von Kersten Artus,  
Vorsitzende pro familia Hamburg,  
Frühjahr 2018*

- 1 Günther Annen, Betreiber der Websites [babycaust.de](http://babycaust.de) und [abtreiben.com](http://abtreiben.com) sowie Yannick Hendriks alias Markus Krause aus Kleve.  
2 <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-2602-5/abtreibung/>  
3 <https://solidaritaetfuerkristinahaenel.wordpress.com/die-petition/>



AG Frauen des Bezirksverbandes Altona der Linken

Antrag an den Bundesparteitag

## RENTE

**Das Elternteil, das für die Kindererziehung Teilzeit arbeitet, bekommt bis zum 14. Lebensjahr jeden Kindes so viele Entgelt-punkte auf das Rentenkonto gutgeschrieben, als hätte es ganztags gearbeitet. Reduzieren beide Elternteile ihre Erwerbs-arbeitszeit, teilen sie sich die Entgelt-punkte entsprechend. Ebenso sollte es eine entsprechende Anrechnung bei Hartz IV-Betroffenen geben. Diese Verbesserung muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus Steuern finanziert werden.**

#### Begründung

JedeR, die oder der Kinder beim Erwachsenwerden begleitet hat, weiß, wie groß der Stress in der Familie ist, wenn beide Elternteile oder ein alleinerziehendes Elternteil 8 Stunden täglich Erwerbsarbeit leisten muss und mit An- und Abfahrtswegen zur Kita und dann zur Arbeit oft 10 und mehr Stunden außer Haus sind. Dazu kommen der Einkauf, Essen zubereiten, Hausarbeit. Das ist weder für die Erwachsenen noch für die Kinder förderlich. Wo soll da noch Zeit für die Kinder bleibe? Kinder brauchen von ihren Eltern Aufmerksamkeit, Liebe und Zärtlichkeit und wollen auch mit ihnen spielen.

Noch sind es meist die Frauen, die wegen der Kinderbetreuung ihre Erwerbsarbeit reduzieren. Und es sind Alleinerziehende, die häufig von Hartz IV betroffen sind. Sie alle leisten damit gesellschaftlich wertvolle NICHTBEZAHLTE Arbeit. Die Eltern sollten wenigstens dafür entsprechende Rentenpunkte bekommen, damit sie nicht deswegen in Altersarmut landen.

# Ausstellungseröffnung „Mobile Welten“ in Hamburg

**Interview mit Adalet Sare und Sevin Sengo**

**I**m Museum für Kunst und Gewerbe wurde die Ausstellung „Mobile Welten oder das Museum unserer transkulturellen Gegenwart“ eröffnet. Ein Teilbereich widmet sich dem Projekt „Amargi“ welches von der Rojava-Arbeitsgruppe erarbeitet wurde.

mit involviert, d.h. sie haben mit ganz vielen Informationen aus Rojava und aus den Ausgrabungsstätten und zur Geschichte der Frau für dieses Projekt beigetragen. Auf der anderen Seite ist da das Projektteam „Mobile Welten“, das die Ausstellung konzipiert hat, die aus 15 Teilprojekten besteht.

**ALiNa:** Womit beschäftigt sich nun das Pro-

erkenntnis der historischen Wurzeln in den Ausgrabungsstätten. „Amargi“ bedeutet im Sumerischen (das ist eine Sprache die vor 5000 Jahren im südlichen Mesopotamien gesprochen wurde) sowohl Freiheit als auch die Rückkehr zur Mutter.

**Sevin:** Wir gehen davon aus, dass „Amargi“ das älteste bekannte Wort ist, welches den Wunsch nach Wiedererlangung der verlorenen Freiheit ausdrückt. Es ist zum einen, die Suche der Frauen nach Freiheit, als auch die Geschichte und das kulturelle Erbe von Frauen, nicht nur in der Region Rojava, sondern auch unseres. Deswegen haben wir dieses Wort gewählt, weil wir dachten, dass es zur Ausstellung, zu dem was wir zeigen, passt.

**ALiNa:** Welche Botschaft soll die Ausstellung vermitteln?

**Sevin:** Ich glaube, man sollte da zum einen trennen, was wir zum „Amargi-Projekt“ machen und zum anderen was das Gesamtziel von „Mobile Welten“ ist. „Mobile Welten“ hat sich zum Ziel gesetzt, eindimensionale museale Kategorien sowie eine vermeintliche Deutungshoheit von westlichen Museen aufzubrechen. Dadurch soll es möglich sein, Raum zu schaffen für transkulturelle Ausstellungsobjekte, die nicht unbedingt eindeutig bestimmt werden können.

**Adalet:** Die Dinge, die dort gezeigt werden, entstammen dem transkulturellen Raum, der sich auf Grund der globalen Verflechtungen kontinuierlich konstruiert. Da kommt unser Projekt. Was bewirkt die Globalisierung? Was macht das mit den Menschen?

Und gleichzeitig war für uns am Anfang



Foto: A. Bender

**ALiNa:** Würdet Ihr Euch bitte kurz mal unseren LeserInnen vorstellen?

**Sevin:** Zum einen sind wir der kurdische Frauenrat „Rojbin“ aus Hamburg, die Stiftung „Freier Frauen“ aus Rojava und das „Jinologie-Komitee“ aus Europa.

**ALiNa:** Was steckt hinter diesen Namen?

**Adalet:** Der Frauenrat „Rojbin“ ist aus Hamburg. Der „Rojbin“-Frauenrat besteht aus verschiedenen Komitees von Frauen, die hier leben. Wir sind zusammen an diesem Projekt beteiligt.

**Sevin:** Die Stiftung „Freien Frauen“ arbeitet hauptsächlich in Rojava und ist Teil der dortigen Frauenbewegung, die am Aufbau von pädagogischen und therapeutischen Einrichtungen beteiligt sind.

Das Jinologie-Center Brüssel beschäftigt sich mit der Wissenschaft der Frau und gemeinsam mit dem Jinologie-Komitee in Rojava sind sie auch in dieses Projekt

jekt „Amargi“?

**Adalet:** „Amargi“ beschäftigt sich mit der Region Rojava, ihrer Geschichte und ihrer Gegenwart und den deutschen kolonialen Verstrickungen. „Amargi“ ist die Ausein-



©Mobile Welten / Foto: Daniel Ladnar

andersetzung mit der emanzipatorischen kurdischen Frauenbewegung und der kulturellen Vielfalt in der Region und der An-

der Ausgangspunkt Rojava. Rojava war groß in den Medien und jetzt nochmal auf Hamburg bezogen: Wie ist da der Zu-



sammenhang und wie weit sind die Alltagsgegenstände nochmal neu zu konzipieren? Was macht die Globalisierung mit der Geschichte und mit den Menschen? Das waren unsere Fragen. Die Geschich-

te. Während des 2. Weltkrieges wurde sie durch einen Bombenangriff in Berlin zerstört. Der Bombenangriff hätte an sich dem Basaltstein nichts ausgemacht, das Löschfeuer hingegen schon. Die Statue

ist nicht abgeschlossen. Es findet eine stetige Weiterentwicklung der einzelnen Teilprojekte statt. Im Rahmen der Ausstellungen wird es noch zwei Veranstaltungen geben zu denen wir herzlich einladen.



Frau die nach der Befreiung ihre Burka auszieht. Foto: Ajansa Nuceyan a Firate (ANF)

te der Frau ist eben verleugnet und nicht niedergeschrieben worden und wie kann man das nochmal neu definieren und das nochmal neu in der Sprache des Museums wiedergeben, aber auch gleichzeitig: was passiert im Nahen Osten und der Frauenbewegung, die ja große Errungenschaften gemacht hat.

**Sevin:** Wenn man das nochmal größer einordnet, ging es uns Darum, zentrale Inhalte wie die Vorstellung von Freiheit, dem Kampf gegen patriarchale Verhältnisse und konkret auch um den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung, die auf Geschlechterbefreiung, Ökologie und Basisdemokratie fußt - wie sie gerade in Rojava umgesetzt wird - einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Eine der zentralen Ausstellungsobjekte ist die „thronende Göttin“, sie ist ja auch auf dem Bild zu sehen; eine gigantische monumentale Statue einer sitzenden Frau aus aramäischer Zeit, vermutlich aus dem 9. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung. Mit ihrer Hilfe versuchen wir die Geschichte der Frau nachzuzeichnen. Gleichzeitig erzählt sie die Geschichte der deutschen Kolonialgeschichte, die auch in der Region vorzufinden ist. Es war damals Max von Oppenheim, der zu Beginn des 20. Jh. Ausgrabungen in Mesopotamien (Tel Xalaf) vorgenommen hat und auf diese thronende Göttin gestoßen ist und diese dann nach Deutschland verschleppt

zerbrach in viele Einzelteile. Erst in den 2000er Jahren wurde die Statue wieder zusammengesetzt.

**AliNa:** Was würdet Ihr Euch von den HamburgerInnen bezüglich der Ausstellung wünschen?

**Adalet:** Das Projekt „Amargi“ ist eine Einladung das Verlorene dort zu suchen, wo wir es verloren haben und die Geschichte des Kampfes von Frauen um Freiheit auf den Spu-



ren der Göttinnen Mesopotamiens neu zu schreiben. Die Ausstellung

**14. Juni 2018 um 18.00 Uhr**

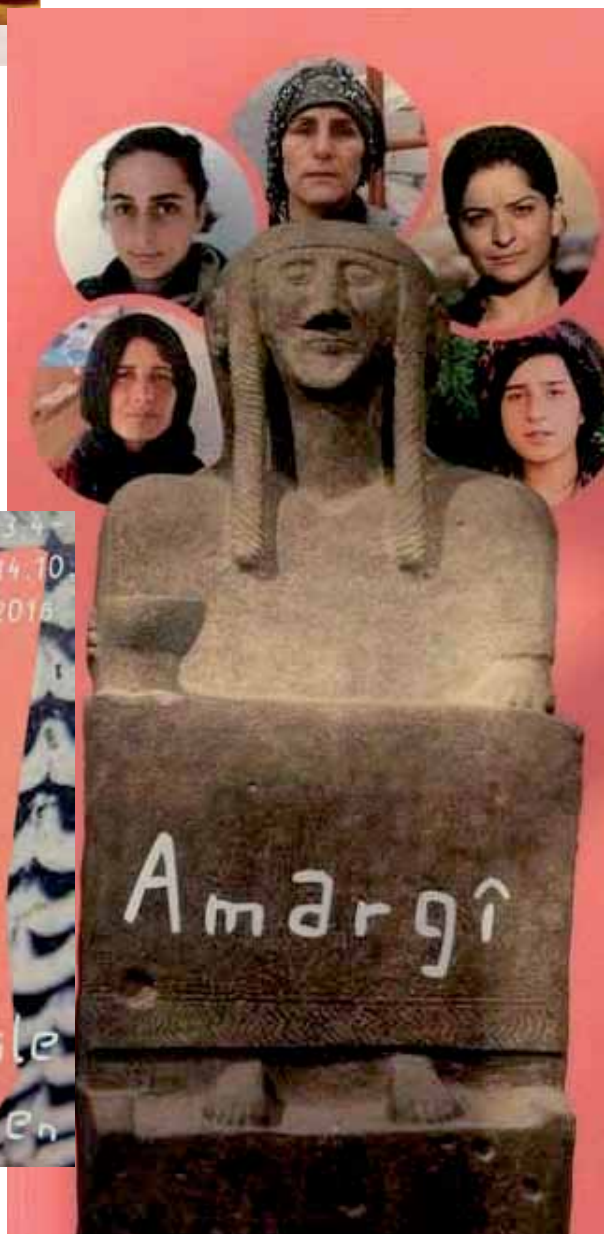
Das kulturelle Erbe von Rojava, Vortrag und Diskussion mit Gönül Kaya im „Mobile Welten Studio“ / MKG

**06. September 2018 um 18.00 Uhr**

Jineologie - Die Wissenschaft der Frauen, der Gesellschaft und des Lebens Vortrag und Diskussion mit Haskan Kirmizigul im „Mobile Welten Studio“ / MKG

Wir danken Euch für das aufschlussreiche Gespräch

Das Interview führten  
Elizabeth Meerman und Irina Schnitke



Flyer-Design zur Ausstellung. Foto: Ajansa Nuceyan a Firate (ANF)

# Aufschrei eines Vaters

Ich bin sehr aufgeregt, denn heute treffe ich Arnold Schnittger, den Vater, der sich mit beispiellosem Einsatz für die Zukunft seines Sohnes einsetzt und damit stellvertretend für sehr viele andere Familien steht. Diese Familien sind in einem Punkt vereint, ein besonderes Kind zu umsorgen, eines mit einer gesundheitlichen Herausforderung. Auch ich bin betroffen, weil ich alleinerziehende Mutter eines ebensolchen besonderen Kindes bin. Ich habe viele Jahre im Bereich „Menschen mit Schwerbehinderung“ gearbeitet und sage aus Überzeugung, dass ich im Kontakt mit ihnen so viel über Menschen und Menschlichkeit gelernt habe wie nie zuvor. Gerade diese Perspektive ist für den Fortschritt und für den Bestand unserer Gesellschaft existenziell wichtig, die bedeutendste und Grundlage sämtlicher Innovationen.

Dies wäre ja auch möglich, wie wir alle wissen, wenn wir das Gleis, auf dem wir uns bewegen, umlenken. Vom lebensentfremdenden Kapitalismus weg zum Sozialismus, der menschliche Grundrechte in den Mittelpunkt des Daseins stellt und nicht mit monetären Machtverhältnissen eine Konkurrenz zum Leben riskiert, die uns irgendwann alle dem Abgrund sehr nahe bringen wird. Leider sieht die Weltlage derzeit nun auch nicht unbedingt nach der zeitnahen Umsetzung dieses Zieles aus. Erbärmliche Gestalten wie Jens Spahn und andere globale und nationale Schreckgespenster höhnen die Hoffnung auf den Sieg einer sozialistisch geprägten Gesellschaft schon ein wenig aus. Aufgeben ist dennoch keine Option. Ich würde weitergehen und sagen, wer Verantwortung übernimmt, kommt um den Kampf nach Gerechtigkeit nicht herum. Fahrlässig agiert, wer sich davon abwendet.

Arnold Schnittger hat Verantwortung übernommen in einem herausragendem Maße, somit hat er schon viel bewegt. Er ist Initiator für ein Wohnprojekt, Nicos Farm. In dieser Lebensgemeinschaft sollen Betroffene mit ihrer Familie eine Heimat finden, die

von Menschenwürde und solidarischer Unterstützung geprägt sein wird. Plan und Ort stehen schon. Investoren werden gesucht, hier der Link zu dem Projekt: [www.nicos-farm.de](http://www.nicos-farm.de)

Doch werfen wir den Blick auf die Verhältnisse hierzulande. Mit einem Gesundheitsminister wie Jens Spahn muss man verstärkt Sorgen haben um Menschen, die sich in der Situation befinden, mit Pflege zu tun zu haben. Menschen mit Behinderungen haben mehr und ganz andere Anforderungen an das Leben, und pflegende Menschen auch, das ist Teil der besonderen Realität,



Foto: Melanie Dreysse

abseits vom öffentlich-rechtlich normierten Lebensfahrplan. So landen die meisten dauerpflegenden Angehörigen irgendwann im Leistungsbezug, kämpfen entwürdigende, kräftezehrende Schlachten mit Ämtern und Krankenkassen und ihnen zustehende Leistungen und Pflegegeld und landen nicht selten im totalen Burnout.

Arnold Schnittger hat seine Erfahrungen dazu in einem Buch zusammengestellt, welches ich uneingeschränkt zur Lektüre zum

Thema empfehle. Es ist - trotz der ernststen Absicht - bemerkenswert bunt und hellwach geschrieben mit sehr viel Galgenhumor, wie man es von Arnold kennt. Unbedingt lesen! (Arnold Schnittger : Ich berüh den Himmel, Im Rollstuhl durch Deutschland. 19, 95 €, zurzeit nur über den Verein Nicos Farm zu beziehen, plus 2, 95 € Versandkosten.)

Volksvertreter wie Jens Spahn sind die Zugpferde einer Bewegung, die Menschen, welche als Humankapital nicht mehr angemessen zur Verfügung stehen, in den Schatten stellen und diskriminieren. Arnold Schnittger beginnt mit einer deutlichen Aktion im Frühling diesen Jahres darauf zu reagieren. Jetzt sitze ich ihm gegenüber in einem Café an einem sonnigen Morgen im Wonnemonat

Mai, und ich ertappe mich bei dem Gedanken, dass es doch eigentlich alles recht schön sein könnte. Umso bitterer die Realität, die all diese vernünftigen Gedanken und menschlichen Ambitionen offen und unverhohlen einem lebensfeindlichen Sarkasmus opfert.

**Claudia:** „Arnold, wie wütend muss man sein, um den Rucksack zu packen, den Rollstuhl mit Nico vorzubereiten und zu Fuß von Hamburg nach Berlin zu wandern? Und das Ganze unter dem symbolischen Titel „Auf einen Kaffee mit Jens Spahn“ ?

**Arnold:** „Wütend bin ich nicht. Das ist nicht meine Triebfeder. Ich bin besorgt! Bei dem, was sich bei uns politisch tut bzw. nicht tut, bin ich sehr beunruhigt, was Nicos Zukunft betrifft. Nico wurde „ein bisschen schief ins Leben gebaut“, er ist mehrfachbehindert und braucht rund um die Uhr Betreuung. Kann ich sicher sein, dass das gewährleistet ist, wenn ich nicht mehr in der Lage sein werde, ihn gesundheitlich zu versorgen? Was wird aus ihm? Deswegen habe ich Nicos Farm gegründet. Das ist ein Lebensmodell.“

**Claudia:** „Solche Sorgen sind mir bekannt! Wenn Krankenhäuser und Pflegeheime zu Renditeobjekten verkommen und Gesundheit zu einem Spekulationsgegenstand wird, zu welchem zukünftig nur die Vermögenden Zugang haben, was wird aus unseren Kindern, Senioren und gesellschaftlich Benachteiligten? Was wird aus Menschen,

die in der Pflege arbeiten, die dazu verdammt sind, entwürdigende Missstände unter schlimmsten ausbeuterischen Verhältnissen auszugleichen?“

**Arnold:** „Wenigstens lohnte sich der Aufwand.“

**Claudia:** „Was bedeutete die symbolische



Zaklin Nastic ist schon da als Arnold und Nico am Brandenburger Tor eintreffen. Foto: Nicos Farm e.V.

**Arnold:** „In Pflegeeinrichtungen gibt es ja mittlerweile Betreuungsschlüssel von 2 Betreuern auf 40 Menschen. Das ist nicht zu bewerkstelligen. Da dürften wir uns alle einig sein. Das ist entwürdigend und zeigt eigentlich nur, auf welchem gesamtgesellschaftlichen Humanitätslevel wir uns befinden. Mehr noch, von Humanität kann man hier nicht mehr sprechen. Das ist Kalkül. Ich habe den Gang nach Berlin zu Herrn Spahn gemacht, um auf die Missstände aufmerksam zu machen. Ich erlebe täglich, mit welchen Hindernissen pflegende Angehörige konfrontiert sind. Und es sind so viele...“

**Claudia:** „Ich kann aus eigener Erfahrung behaupten, dass viele am Rande ihrer Kraft sind. Am schlimmsten sind die gesellschaftlichen Hindernisse gegen die man ankämpfen muss. Ich habe 2 Jahre lang vor dem Sozialgericht um einen Pflegegrad für meinen Sohn kämpfen müssen. Er hat eine unheilbare Stoffwechselerkrankung und hatte zuvor schon eine Pflegestufe zuerkannt bekommen, um die ich nach dem Ablauf zweier Jahre erneut kämpfen musste. Das ist zynisch, denn unheilbar heißt ja, keine Aussicht auf Heilung zu haben. Ich musste erneut mit unzähligen Gutachten und Widersprüchen immer wieder aufs Neue beweisen, dass er wegen seiner chronischen Erkrankung krank blieb und sich nichts verändern konnte. Und letztlich ging es um 7 Minuten, die zum Wiedererlangen der Pflegestufe angeblich gefehlt hätten. Die Richterin war darüber nicht amüsiert und sprach meinem Sohn den alten Pflegegrad mit erheblicher Tendenz zum nächsten Grad zu.“

Wanderung zu Herrn Spahn für dich?“

**Arnold:** „Natürlich hatte ich nicht erwartet, dass mir Jens Spahn jubelnd in die Arme fiel, als wir beim Brandenburger Tor ankamen. Dass Zaklin Nastic mich empfangen hatte und eine kleine Schar von Betroffenen, war sehr erfreulich.“



Diesmal blieb der Stuhl von Jens Spahn leer, doch wir kommen wieder. Foto: Nicos Farm e.V.

**Claudia:** „Wie war das Medienecho?“

**Arnold:** „Unerwartet positiv. Verschiedene Tageszeitungen, wie Berliner Mopo, Tagesspiegel und Hamburger Abendblatt zum Beispiel. Auch einige Hörfunksender berichteten.“

**Claudia:** „Also ein voller Erfolg...“

**Arnold:** „Schon. Auch wenn ich eines ver-

misse. Ich vermisse Solidarität. Obwohl die Anzahl der Betroffenen sehr groß ist, kommen zu wenige zu den öffentlichen Veranstaltungen. Auch am Brandenburger Tor zu wenig Betroffene. Es ist klar, einer muss beginnen. Nur, wenn daraus keine Lawine wird, erreicht man nichts. Nur wer sich bewegt, kann was bewegen.“

**Claudia:** „Bei all diesen Zuständen hierzulande frage ich mich, wann er denn beginnt, der Aufschrei...? Diese Lethargie muss ein Phänomen unserer Zeit sein und ist der größte Hemmschuh für den Kampf um bessere Bedingungen. Und es wäre so schön, wenn sich noch viel mehr Betroffene bündeln würden und zu den Aktionen kämen. Wenn sich immer nur wenige Leute vor Ort sammeln, wird der Aufschrei verstummen. Wo wir gerade beim Thema wären, was sind deine nächsten Projekte, Arnold?“

**Arnold:** „Am 15.6. werde ich wieder in Berlin sein. Dieses Mal vor dem Ministerium. Dort wird eine Lesung stattfinden, ich werde aus vielen Berichten von Betroffenen über die Situation der Pflege in Deutschland öffentlich vorlesen. Es müssten viele Menschen erscheinen. Wir müssen eine Bewegung werden. Es geht dabei um mehr als die abstrakten Belange schwerbehinderter Men-

schen. Jeder und jede kann jederzeit betroffen sein. Es geht letztlich um uns alle.“

**Claudia:** „Arnold, ich hoffe, dass der Aufschrei diesmal ungleich lauter sein und aus vielen Kehlen ertönen wird! Hoffentlich wird der Aufschrei langfristig zum mutigen Crescendo der vielen Betroffenen und ihrer UnterstützerInnen.“

## Was ist sicher: **Armut trotz Rente?!**

**E**ine Veranstaltung des LandesseniorInnenbeirats Hamburg Anfang April im Hamburg-Haus

Ein sehr beeindruckender Vormittag war das mit mehr als 300 Teilnehmenden zu einem brennenden Thema, der Altersarmut in Hamburg. Die Teilnehmenden wollten mehr dazu erfahren von den Referent\*innen: Wolfgang Völker vom Diakonischen Werk, Hamburg und Kristin Ahlheit vom Paritätischen, Hamburg. Der Unmut über die zunehmende Armutsentwicklung bei den älteren Hamburger\*innen war spürbar, unüberhörbar, jeder und jede ist betroffen oder bekommt diese schleichende Enteignung bei den Renten zu spüren.

### Hamburg Hauptstadt der Altersarmut

Fast 17% der Rentner\*innen gelten als arm; armutsgefährdet ist, wer als 1-Personen-Haushalt über weniger als 1040 Euro netto im Monat verfügt bzw. für einen 2-Personen-Haushalt 1560 Euro netto im Monat. Hamburg ist Spitzenreiter bei den Empfänger\*innen von Grundsicherung: 7% der Bevölkerung im Rentenalter beziehen finanzielle Grundsicherung, soviel wie in keinem anderen Bundesland. Diese Zahl ist in den letzten 15 Jahren seit 2003 um fast 72% gewachsen – ein Skandal! Besonders betroffen sind die älteren Migrant\*innen:

durch Applaus hohen Zuspruch erfuhren! Das Beispiel München wurde erwähnt, wo eine Aufstockung der Grundsicherung beschlossen wurde, weil die Stadt als besonders teures Pflaster bekannt ist. Diese Maßnahme wäre auch in Hamburg möglich, gerade bei den Mehreinnahmen, die

Saal im Hamburg-Haus gingen allerdings an die Bundespolitik, z.B. bezüglich einer höheren Grundsicherung im Alter oder dass 10 Jahre Erziehungs- und Pflege-Arbeit für eine Mindestrente als anspruchsbegründend gelten müssen.



Foto: pixabay

die Stadt zu verzeichnen hat. Des Weiteren wurde die Forderung des DW stark unterstützt, dass Antragstellung von Amts wegen stattfinden muss, statt die Menschen allein zu lassen ohne die ihnen zustehende

Aber auch Hamburg kann etwas tun, und dass das nötig ist, darüber waren sich die Anwesenden überwiegend einig. Es kam leider nicht dazu, Vorschläge aus dem Plenum aufzugreifen, z.B. einen Antrag in die Bürgerschaft einzubringen, wie es in München möglich war. Allerdings hat sich der LandesseniorInnenbeirat diese Forderung mitgenommen und zu eigen gemacht, man arbeitet weiter daran.

Nach fast drei-stündiger Aussprache und Diskussion wurde der spannende Vormittag mit Kaffee und Brötchen beendet – insgesamt ein großer Erfolg des LandesseniorInnenbeirats, der das Thema weiter auf seiner Agenda hat.

Regina Jürgens



Schon heutzutage stocken viele Rentner\*innen ihre Rente mit Flaschenpfand auf. Foto: pixabay

fast 29% waren 2015 auf Grundsicherung angewiesen. Unmut und Empörung über diese ungeheuerlichen Zahlen waren im Saal unüberhörbar.

Der Kollege Völker brachte auch Vorschläge des Diakonischen Werks ein, die

finanzielle Unterstützung oder Grundsicherung. Somit trägt die Stadt die Verantwortung für die verdeckte Armut unter den Menschen, die allein nicht in der Lage sind, ihre Rechte einzufordern.

Viele Forderungen aus dem proppenvollen

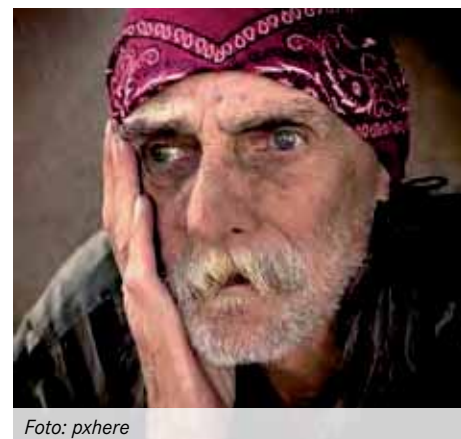


Foto: pxhere



Fotos: Birgit Wulf

## Etwas auf die Augen



**G**aël Faye : „Kleines Land“. Aus dem französischen von Brigitte Große und Andrea Alvermann, Taschenbuch, 224 Seiten, € 11,-, Piper Verlag 2017

Ein junger Burundier erzählt in dem zunächst recht locker beginnenden Roman (s) eine Geschichte des kleinen 12 Jahre alten Jungen Faye. Er beschreibt das leichte Leben in der Straßengang, das Mangoklauen beim Nachbarn, Alkohol und andere Erfahrungen. Jedoch zieht etwas Düsteres herauf, was in der Gang, in der nicht so heilen Familie und im gesamten Umfeld zu spüren ist. Zunächst nur undurchsichtig bricht der Konflikt zwischen Tutsi und Hutu auf. Von Seite zu Seite wird der Konflikt klarer und zum Teil auch beklemmender und unwirklicher. Absatz für Absatz wird in der zwei-

ten Hälfte dieses Buches der Völkermord in Ruanda begreifbar gemacht, beklemmend greifbar.

Trotz der Geschichte über die Subtilität und Brutalität des Völkermordes ist dieses Buch doch ein spannender und vor allem lesenswerter Roman - geschrieben von einem jungen Burundier, mit ruandischer Mutter und französischem Vater, der zur Zeit des Völkermordes etwa 12 Jahre alt war. „*Ich wollte eine vergessene Welt heraufbeschwören, von unseren glücklichen Tagen erzählen, bevor wir uns als ein Haufen Versprengter in allen Teilen der Welt wiederfanden.*“ (Gaël Faye)

Ein wirklich schönes und sehr beeindruckendes Buch. (Gerne beim Lesen Taschenbücher griffbereit halten.)

Klaus-Peter Berndt

## Abschied von Beate Reiß

**W**ir trauern um unsere Genossin Ate. Nach langer, schwerer Krankheit war sie gerade auf dem hoffnungsvollen Weg der Rekonvaleszenz, als sie unerwartet am 5. Februar 2018 mit 62 Jahren an einer Infektion verstarb.

Ate war von 2008 bis 2018 die Sprecherin der LINKEN im Bezirksverband Altona. Ihre einfühlsame Herangehensweise führte dazu, dass sie Konflikte deeskalieren konnte; wenn es ihr allerdings politisch notwendig erschien, redete sie auch Tacheles und war dabei immer sehr klar und deutlich. 2002 trat sie in die PDS ein und war dort jahrelang in der Schiedskommission tätig.

Seit Anfang der 1980er Jahre lebte Ate in Altona-Ottensen. Mit ihrem Lebensgefährten Robert Jarowoy teilte sie ihr privates und politisches Leben.

Im Stadtteil arbeitete sie in vielen Initiati-

ven mit und war oft an deren Entstehung beteiligt. Bereits Anfang der 1980er Jahre war sie Mitbegründerin einer Ottenser Initiative, deren Forderung es war, auf dem Gelände der ehemaligen Baggerfabrik Menck & Hambrock einen Park einzurichten. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen entstand der heutige Kemal-Altun-Platz daraus. Auch im Kampf um den Erhalt des leider dennoch abgerissenen Bismarckbades war sie an vorderster Front aktiv.

In den letzten Jahren hat sie das Netzwerk Altonaer Manifest mit aufgebaut, an dem Bürgerbegehren „Bürgerwillen verbindlich machen“ und der BürgerInneninitiative „Prellbock“ gegen die Verlegung des Altonaer Bahnhofs mitgewirkt sowie die Spritzenplatz-Ini initiiert.

Sie war neben dem Einsatz für die Entwicklungen in Altona eine engagierte Internationalistin und stand seit Jahrzehnten eng



Ate Reiß. Foto: Robert Jarowoy

an der Seite der kurdischen Befreiungsbewegung. Sie war eine unermüdete Kämpferin für eine gerechte Welt.

Wir vermissen Ate sehr.

Die ALiNa-Redaktion

## Was mich richtig wütend macht

**2**015 erfolgte eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes. Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wurde erleichtert. Doch im Januar 2016 wurde die Familienzusammenführung für zwei Jahre ausgesetzt und schließlich bis zum 31. Juli 2018 verlängert. Ab dem 1. August 2018 soll dann „aus humanitären Gründen“ monatlich insgesamt 1 000 Ehepartnern, bzw. Eltern von subsidiär geschützten Minderjährigen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

Viel braucht es nicht um zu erkennen, der Familiennachzug von Elternteilen und Kindern, nutzt allen, schadet niemanden. Es nutzt nicht nur den Flüchtlingen, sondern dem Gesellschaftsfrieden insgesamt. Es kann doch nicht so schwer sein zu begreifen, was es für pubertierende männliche Minderjährige bedeutet, ohne Eltern allein in einem Land mit einer fremden Kultur aufzuwachsen.

Das wäre übrigens bei der Entwurzelung tausender Junggermanen in kulturelle Fremdheit auch nicht anders. Und wie fühlt es sich wohl für Eltern ohne ihre Kinder an, um deren Wohlergehen im Heimatland sie sich sorgen müssen? Wie viele syrische Familienväter oder Mütter warten hier monatelang bis jahrelang auf



den Nachzug ihrer Familien, ihres Ehepartners? Selbst die Teile der Bevölkerung, die schnell bereit sind Flüchtlinge zu kriminalisieren, können sich nicht ernsthaft der Erkenntnis verschließen, dass der beste Schutz für ihre Befürchtungen eine intakte Familie ist.

Ausnahmsweise steckt nicht der Kapitalismus hinter der Obergrenze für den Familiennachzug. Dass es für das Beutetier

keinen Sinn macht, von den Raubkatzen zu erwarten, sie würden sich in Vegetarier wandeln, ist eines meiner Lieblingsbeispiele für die natürlichen Grenzen des Kapitalismus. Die Obergrenze beim Familiennachzug gehört aber nicht dazu.

Es ist allein die herrschende Politik gemeinsam mit der AFD, die das zu verantworten hat. Diese so entsetzlich dumme politische Maßnahme ist eine Anpassung an die Rechtsentwicklung im Land. Offenbar glauben die bürgerlichen Parteien, damit den Rechten Wähler abspenstig machen zu können. Mich macht das richtig wütend! Währenddessen fragt sich der syrische Vater, der kürzlich in einer Nachrichtensendung im nahezu perfekten Deutsch zu Worte kam, in welchem Monat er wohl dabei sein wird. Schon im August diesen Jahres oder erst im nächsten Jahr? Welche unnötige Qual!

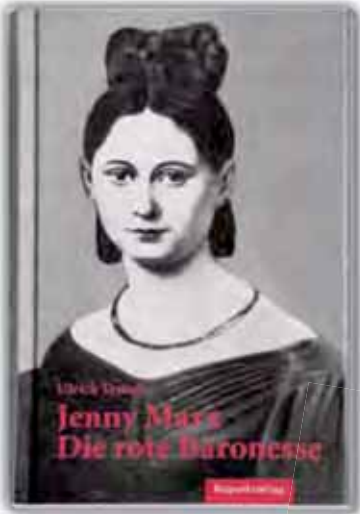
Man kann sich dafür nur schämen.

Heinz-Dieter Lechte



## Bücherkiste Links

### Karl und Jenny Marx, ihre Zeit, ihr Leben, die Familie.



**O**bwohl schon vor sieben Jahren erschienen, ist dieses Buch für mich das ultimative Buch zum zweihundertsten Jahrestag der Geburt von Karl Marx im Mai diesen Jahres. Wir kennen den Wissenschaftler, den Schriftsteller, den Journalisten, den sozialistischen Politiker, aber den ganzen Menschen kennen wir damit noch nicht, Karl Marx war ein Familienmensch. Er liebte Kinder, und Kinder liebten ihn. Und er war zeitlebens seiner Frau Jenny in tiefer Liebe verbunden, und Jenny ihm. Dies sagen alle zeitgenössischen Zeugen und die Briefe zwischen Jenny und Karl bestätigen das.

In den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts waren es zunächst die sogenannten Pariser Manuskripte von Karl Marx, die ich las. Entfremdung war der Begriff, der zusammenfasste, was ich wahrnahm und empfand. Trotzdem blieb mir der Mensch Karl Marx seltsam fremd. Ganz anders Friedrich Engels. Ihn liebte ich. Der „Anti-Dühring“, daraus die Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, „Dialektik der Natur“ und darin das Kapitel „Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“, diese Schriften, deren einfache und klare Sprache, hatten erkenntnistheoretisch einen Sprung in meiner Entwicklung markiert. Als ich fand, er wurde in der Monographie-Reihe des Rowohlt Verlags diskreditierend behandelt, war ich persönlich so gekränkt, als hätte man meine Mutter beleidigt. Ich

wollte den im Hamburger Umland lebenden Autoren aufsuchen, um ihn gehörig die Meinung zu blasen. Glück für mich und ihn, es war Winter mit starken Schneefällen, und ich konnte mich bei einem Spaziergang zur Bahn abkühlen. Karl Marx hätte diese Emotionen bei mir nicht auslösen können. Dass auch er einmal jung gewesen sein musste, und nicht immer der Mann mit dem wallenden grauen Haupthaar und dem rauschenden Bar gewesen sein konnte, kam mir gar nicht in den Sinn. Geschweige denn, dass er eine Familie hatte.

In Vorbereitung einer Veranstaltung im Rahmen des Altonaer Bildungsprogramms der Partei las ich zwei neu erschienene Biographien zu Karl Marx. Sie waren faktenreich, insofern nützlich, aber der Mensch Marx erschien mir darin wie ein steinernes Denkmal. Immerhin war mir klar geworden, ich sollte mich auch mal näher mit Jenny Marx, seiner Frau, befassen. Dass es ausgerechnet „Jenny Marx, Die rote Baroness“ sein würde, die den Menschen Karl Marx für mich öffnen sollte, war eine glückliche Fügung. Ich habe das Buch begeistert mehrfach verschenkt, und werde es auch weiterhin tun, denn es ist wunderbar. Ich habe erst gar nicht auf den Autor geachtet, erst nach 30 Seiten habe ich nachgeschaut: ein Mann. Wow, dachte ich, so können Männer auch schreiben.

Jenny Marx, gebar sieben Kinder. Doch nur die Töchter Jenny Longuet, Laura Larfarque und die nachgeborene Eleanor Marx, genannt Tussy, erreichten das Erwachsenenalter. Ein von allen, besonders aber von Marx, geliebter Knabe, der Musch genannt wurde, starb im Alter von acht Jahren. Ein anderer Junge, Föxchen genannt, würde nur 1 Jahr alt. Alle Biographen schreiben, zumindest Musch hätte überleben können, hätte die Familie in London nicht in extrem prekären Verhältnissen leben müssen. Die Familie Marx war eine Flüchtlingsfamilie. Abhängig von den Zuwendungen Friedrich Engels und weniger Erbschaften, lebte die Familie hauptsächlich von Marx Honoraren aus seiner Tätigkeit als Londoner Korrespondent der „New York Tribune“.

Die Briefe der Eheleute Marx und alle Zeitzeugen belegen die große bedingungslose Liebe von Jenny zu Karl, ihrem Schwarzwildchen wie sie ihn, der in der Familie nur Mohr genannt wurde, in ihren Briefen nennt. Diese Liebe wurde von Karl Marx ebenso bedingungslos erwidert.

Eleanor schrieb in ihren Erinnerungen über

ihre Mutter: „Es ist keine Übertreibung, wenn ich sage, ohne Jenny von Westphalen hätte Karl Marx niemals der sein können, der er war. Beide passten vollkommen zusammen und ergänzten sich. Von außerordentlicher Schönheit, welche die Bewunderung Heines, Herweghs und Lasalles erregte, voll glänzender Begabung und Witz ragte Jenny von Westphalen aus Tausenden hervor.“ Jenny und Karl waren sich ebenbürtig. Sie teilten die gleichen politischen Ansichten. Sie war die erste, die seine Texte las und besprach. Wilhelm Liebknecht, einer der Gründerväter der SPD, und Vater von Karl Liebknecht, der ebenso als Flüchtling in London in engem Kontakt mit Jenny, Karl und Friedrich Engels lebte, sagt in seinen Erinnerungen, wer niemals Marx mit Kindern erlebte, ob den eigenen oder anderen, hat Marx nicht gekannt. Marx hätte ohne Familie und Kinder vermutlich gar nicht existieren können. Seine Liebe wurde von den Kindern erwidert. Tochter Jenny gesteht...

„wenn ich auch verheiratet bin, mein Herz ist, wie es seit jeher war, an den Ort gekettet, wo mein Papa ist, und anderswo würde das Leben für mich kein Leben sein.“ Als seine Tochter unheilbar krank 1883 im Alter von 39 Jahren, der 2 Jahre zuvor verstorbenen Mutter folgt, ist sein Lebensmut erloschen. Nur zwei Monate später schläft er im Beisein seines lebenslangen Freundes Friedrich Engels ein. Dass er nicht nur im Geiste, sondern auch mit seiner Familie in meinem Herzen einen Platz fand, ist auch diesem wunderbaren Buch über eine wunderbare Familie zu danken. Wir wollen Marx und seine Familie in einer kleinen Feier ehren. Dazu sind alle LeserInnen herzlich eingeladen.

vorgestellt von Heinz-Dieter Lechte

**Ulrich Tesch**  
**Jenny Marx**  
**Die rote Baroness**  
**Rotpunktverlag 2011**  
**Euro 19,50 gebundene Ausgabe.**

Wir wollen Marx und seine Familie in einer kleinen Feier ehren. Dazu sind alle LeserInnen herzlich eingeladen.

**Karl und Jenny Marx.**  
**Ihre Zeit, ihr Leben, die Familie.**  
 Eine Reminiszenz in Texten und Liedern mit Heinz-Dieter Lechte, an der Gitarre Werner Haertel  
 Sonntag, den 19. August  
 von 11.00-14.00 Uhr  
 in Am Felde 2, Büro DIE LINKE.

## Regelmäßige Termine

### Mitgliederversammlung

**Neuer Termin:** Jeden vierten Montag im Monat um 19.30 Uhr  
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Altona

### Bezirksvorstandssitzung

Jeden dritten Montag im Monat um 19.00 Uhr  
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Hamburg

### Bezirksversammlung Altona

Jeden vierten Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr  
im Rathaus Altona, Kollegiensaal 1. Stock  
Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

### Landesarbeitsgemeinschaft Kindheit und Jugend – Fachforum der Linken

Jeden zweiten Donnerstag im Monat um 19.15 Uhr  
in der Geschäftsstelle der Bürgerschaftsfraktion  
Lilienstraße 15, 20095 Hamburg

### Kommunistische Plattform Clara Zetkin

Jeden vierten Montag im Monat um 19:00 Uhr  
im Parteibüro am Felde 2, 22765 Altona  
Volker Vödisch, Telefon: 01577-245 11 70,  
volker-voedisch@t-online.de  
mail@uliludwig.de

### AG Frauen der LINKEN Altona

jeden 2. Donnerstag im Monat 18.30 Uhr  
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Hamburg

### Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Werner Haertel, Telefon: 040 – 200 54 67  
jeden vierten Dienstag im Monat um 19:00 Uhr  
im AWO-Treff Karl-Wolf-Str. 19/Ecke Chemnitzstraße , 22767 Hamburg

### Stadtteilgruppe Altona-Nord

Jeden zweiten Dienstag im Monat um 19:00 Uhr  
im AWO Seniorentreff, Düppelstr. 20, 22769 Hamburg

### Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Volker Vödisch, Telefon: 01577-245 11 70,  
volker-voedisch@t-online.de  
Horst Schneider, horst.schneider@linksfraktion-altona.de  
nächstes Treffen bitte erfragen

### Stadtteilgruppe Elbvororte

Jeden zweiten Dienstag im Monat um 19.30 Uhr  
im Restaurant Blankenese  
Schenefelder Landstraße 169 (Iserbrook), 22589 Hamburg

### Stadtteilgruppe Flottbek

Hasan Burgucuoglu, Telefon 0176-49380450 oder  
Nico Scharfe, Telefon 0176-49151942  
nächstes Treffen bitte erfragen

### Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf

Jeden dritten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr  
im Stadtteilhaus Lurup (Lesecafé),  
Böverstland 38, 22547 Hamburg

## So erreichen Sie uns:

**Web:** [www.die-linke-altona.de](http://www.die-linke-altona.de)  
**Mail:** [info@die-linke-altona.de](mailto:info@die-linke-altona.de)  
**Tel.:** 040 – 41 35 85 20  
**Post:** DIE LINKE. Bezirksverband Altona  
Am Felde 2 • 22765 Hamburg  
**Bank:** DIE LINKE.Altona  
Hamburger Sparkasse | BLZ 200 505 50 | Konto 1268151923  
IBAN: DE44 2005 0550 1268 1519 23 | BIC: HASPDEHHXXX

## So erreichen Sie die ALiNa-Redaktion:

**Mail:** [alina@die-linke-altona.de](mailto:alina@die-linke-altona.de)

## Impressum:

V.i.S.d.P Metin Kaya, Am Felde 2, 22765 Hamburg  
Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnen die AutorInnen verantwortlich  
Herausgeber: Geschäftsführender Vorstand von DIE LINKE Bezirksverband Altona  
Druck: WIRmachenDRUCK GmbH, 71522 Backnang

**DIE LINKE.**  
BEZIRKSVERBAND ALTONA

## Die Redaktion zu dieser Ausgabe

Marlit Klaus, Heinz-Dieter Lechte,  
Volker Vödisch  
Layout: Birger Gente  
Korrektur gelesen durch: Werner Haertel

Titelfoto/Collage: Birger Gente



Mietenmove voller Erfolg – VeranstalterInnen sprechen von 8000 TeilnehmerInnen. Fotos: Marlit Klaus